

# Politicum



## Golden Twenties?





Liebe Lesenden,

trotz turbulenter Zeiten gibt es auch in diesem Semester eine Ausgabe des Politicums. Die ganze Welt findet sich in einer bislang scheinbar nie dagewesenen Surrealität wieder. Vieles scheint diffus und im Vergleich zu den 1920ern lassen sich einige Parallelen erkennen. Aus diesem Grund widmen wir uns in dieser Ausgabe den Zwanzigern.

„Golden Twenties?“ betitelt die aktuelle Ausgabe. Mit Beiträgen zur Digitalisierung, der WHO, aber auch der Entwicklung politischer Ränder und der EU, fasst diese Ausgabe die Geschehnisse der letzten Monate breit zusammen. Neben Artikeln, die sich unter das Titelthema fassen lassen, findet sich in unserer aktuellen Ausgabe unter anderem ein Interview mit dem SPD-Abgeordneten Detlev Pilger.

In unserem Ohne Worte-Interview haben wir mit Frau Heidbrink M.A. gesprochen. Beim Lesen der Dozierendenkommentare könnt ihr euch auf spannende Beiträge von Frau Dr. phil. Minasyan und Herrn Huyeng M.A. freuen.

Außerdem haben wir kleine Beiträge unseres Referats für „Politische Bildung“ mit dabei. Die Mitarbeitenden des Referates haben ihre politischen Bildungsangebote in diesem Jahr auf Social Media verlegt, da ein Ringseminar leider nicht stattfinden konnte.

Vielen herzlichen Dank an Alle, die auch in diesem Semester wieder mitgearbeitet haben. Vielen Dank auch an Judith Reuber, die uns beim Layout unterstützt hat.

Viel Freude beim Lesen.

Eure #lieblingsfachschaft,

Laura Meyer und Lilian Sekkai

Inhalt

|    |                                                       |
|----|-------------------------------------------------------|
| 4  | Ohne Worte -Interview mit Christiane Heidbrink M.A    |
| 6  | Politische Ränder                                     |
| 8  | 20er in der Wirtschaft                                |
| 10 | Gesellschaftliche 20er                                |
| 12 | Social Bots im US Wahlkampf                           |
| 14 | Im Zeichen der Ölkrise                                |
| 16 | Digitalisierung                                       |
| 18 | Dozierendenkommentar von Dr. phil. Shushanik Minasyan |
| 20 | Die EU und Ungarn                                     |
| 22 | Die EU und die Corona Krise                           |
| 24 | Dozierendenkommentar von Tim Etienne Huyeng M.A.      |
| 26 | Interview Detlev Pilger (SPD)                         |
| 30 | Bonn, ein sicherer Hafen?                             |
| 32 | Corona Strategien                                     |
| 34 | Die WHO                                               |
| 36 | Politische Bildung                                    |
| 40 | Impressum                                             |

Liebe Studierende,



zum zweiten Mal dürfen wir uns im Vorwort des Politicums an Euch wenden, doch sind die Umstände dieses Mal wohl mehr als ungewöhnlich. Möglicherweise fragt ihr euch genauso wie Penelope auf dem Foto oben, was eigentlich gerade mit diesem Semester passiert ist, vielleicht versucht ihr so wie Max aber auch einfach das Beste daraus zu machen.

Denn es ist kaum zu übersehen, das Corona-Virus hat nicht nur unseren Alltag und unser Privatleben, sondern auch den Lehrbetrieb an der Uni stark beeinflusst. Davon nicht ausgenommen war auch die Arbeit der Fachschaft in diesem Semester. Eigentlich würden wir euch an dieser Stelle von unserer gelungen Sommerparty und informativen Ringseminaren erzählen, Euch für Eure Teilnahme beim Fußballturnier danken und Euch zu unserem Semesterabschlussgrillen einladen. Außerdem hätten wir wahrscheinlich viel von unserer jährlich stattfindenden Exkursion zu berichten.

Dieses Semester mussten jedoch viele unserer Referate ihre Arbeit komplett ein- oder umstellen. Trotz der offensichtlichen Einschränkungen sind dabei jedoch viele kreative Ideen entstanden und digitale Alternativen entwickelt worden. So konnten wir Euch in Kooperation mit einigen anderen Fachschaften der Philosophischen Fakultät ein online Pubquiz anbieten. Unser Referat für politische Bildung meldet sich regelmäßig über Social Media, um uns und Euch zu bestimmten Aktionstagen auf verschiedene Themen aufmerksam zu machen. Seit Mitte Juni können wir Euch außerdem endlich auch wieder eine Sprechstunde anbieten, wenn auch unter besonderen Bedingungen.

Es ist keine leichte Zeit für uns alle und wir möchten Euch an dieser Stelle noch einmal besonders für eure Geduld danken, im Hinblick auf die Unsicherheiten bezüglich Lehre und Lernen, welche dieses Semester oft aufgetreten sind und wohl auch noch das ein oder andere Mal auftreten werden. Wir geben unser Bestes, um für euch und eure Anliegen stest ansprechbar zu bleiben.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass unsere Sitzungen nach wie vor stattfinden. Wir treffen uns zurzeit jeden Mittwoch um 20:15 Uhr via Zoom, hoffen aber natürlich, so bald wie möglich wieder Face-to-face zusammenkommen zu dürfen. Viele unserer Fachschaftsmitglieder sind nun im vierten Semester und werden voraussichtlich nach und nach nicht mehr so aktiv sein. Es ist also die ideale Situation, um schnell interessante und spaßige, aber auch verantwortungsvolle Fachschaftsarbeit zu übernehmen, sei es als Bertreuer\*in für unsere Social Media Kanäle, Chefredakteur\*in dieser Zeitschrift oder als Organisator\*in von Veranstaltungen. Selbstverständlich könnt Ih jederzeit auch einfach nur unverbindlich reinschnuppern und selber gucken auf was Ihr Lust habt.

Wir freuen uns immer über neue Gesichter !  
**Bleibt Gesund,**  
Euer Max und eure Penelope



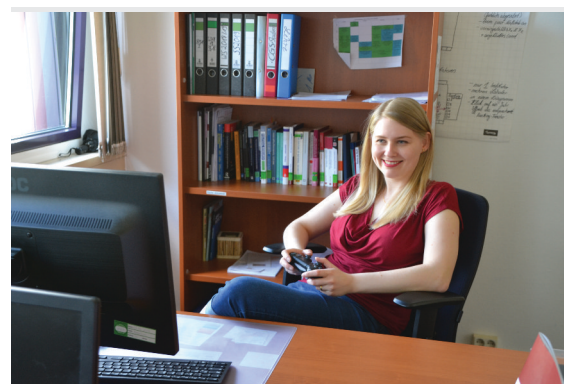
# Ohne Worte-Interview

mit Christiane Heidbrink M.A.

Von Lilian Sekkai



Sie haben den binationalen Studiengang Public Administration absolviert. Was ist Ihnen vom Studierendenleben am meisten im Gedächtnis geblieben?



Was machen Sie am liebsten in Ihrer Freizeit?



Ihr Lieblingsort in Bonn?



Was bereitet Ihnen am meisten Freude bei Ihrer Arbeit?



Welches Buch sollte Ihrer Meinung nach jede\*r gelesen haben?



Was denken Sie über die aktuelle globale Situation der internationalen Beziehungen?



Wenn sie nicht Dozentin und Forscherin wären, was wäre ihr alternativer Berufswunsch?



Ihr Gesichtsausdruck, wenn Sie an die Online-Lehre denken?



# Des einen Freund, des anderen Leid

Warum die politischen Ränder in Deutschland nicht von der Krise profitieren

Von **Danny Weser**

Wir schreiben Oktober 1929. Der gerade erfolgte Zusammenbruch der New Yorker Börse markiert ein Ereignis von zeit-historischer Bedeutung. Der Börsencrash von 1929 kündigt eine sich bahnbrechende Weltwirtschaftskrise an. In ihrem Schatten zieht ein Weltkrieg herauf, der solch unvergleichliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit produziert, dass der Historiker Dan Diner zutreffenderweise von einem „Zivilisationsbruch“ spricht. Diese Radikalisierung von Politik wurde vielerorts durch die erstarkten politischen Ränder gefördert. Seit Krisenbeginn erlebten in der Weimarer Republik sowohl die antisemitische NSDAP, als auch die kommunistische KPD, einen elektoralen Höhenflug. Beide Parteien gewannen an immer breiterer Zustimmung in der Bevölkerung. Sie waren Profiteure der Krise. Ein Blick auf die heutige Situation in Deutschland beweist, dass diese Entwicklung keineswegs eine Zwangsläufigkeit darstellt. Die heutigen relevanten politischen Ränder, die AfD und Die Linke, können kaum von der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krise profitieren.



ren, die die Covid-19-Pandemie verursacht hat. Die Ursachen hierfür sind vielschichtig.

## Weimar – Biotop der Extremist\*innen

Die Weltwirtschaftskrise von 1929 wirkte sich neben den USA vor allem auf das Deutsche Reich aus und sorgte so für eine tiefgreifende Erosion des politischen Systems. Schon 1930 stieg die Arbeitslosenzahl auf über drei Millionen an, 1931 waren bereits 4,7 Millionen Menschen ohne Arbeit. Sozialleistungen und Arbeitslosengeld wurden massiv gekürzt. Der Sozialstaat wurde faktisch zurückgebaut. Armut, Leid und Elend waren die Steigbügelhalter für die Wahlerfolge der Nationalsozialisten und der Kommunisten, die auch auf die anti-systemische Haltung beider Gruppen zurückzuführen sind. So identifiziert der Historiker Hans-Ulrich Thamer in einem Interview mit der WELT „vor allem de[n] Protest gegen das System“ als verbindendes Element der Wähler\*innenschichten der NSDAP. Die verheerenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen fungierten als Nährboden für extremistische Ideen.

**„Eine wesentliche Besonderheit der Weltwirtschaftskrise samt aller ihrer sozialen und gesellschaftlichen Folgen bestand in ihrer Dauer. Über Jahre hinweg keimte der Nährboden für Extremismus und damit für die politischen Ränder.“**

Die NSDAP erlangte bei den Reichstagswahlen im Juli 1931 einen brachialen Wahlerfolg und verzeichnete 37,4% der Wähler\*innenstimmen. Die KPD erzielte ihr bestes elektorales Ergebnis

bei den Wahlen im November des gleichen Jahres mit 16,9%. Beide Parteien eint, dass sie von der mangelhaften Krisenbewältigung der anderen Parteien beziehungsweise der Regierung erheblich profitierten. Ohne Regierungsverantwortung erschienen beide Parteien in den Augen der Bürger\*innen als unverbraucht. Ihre anti-systemische Agitation und Haltung unterstrich diesen Eindruck. Die Nationalsozialist\*innen setzten an eine weit verbreitete antisemitische Haltung vieler Menschen an und rekrutierten einen Großteil ihrer Wähler\*innen aus dem sogenannten „Alten Mittelstand“. Darunter fallen viele Mitglieder einer bürgerlichen Schicht, die durch die einbrechende Kaufkraft vieler Kund\*innen den sozialen Abstieg befürchteten.

Die Kommunist\*innen hingegen profitierten vor allem vom öffentlichen Bild der SPD als gescheiterter Regierungspartei und Unterstützerin des bestehenden Systems. Des Weiteren erhielten die Kommunist\*innen viel Zuspruch von verarmenden Arbeiter\*innen, die sich aus Zorn über das offensichtliche Versagen der kapitalistischen Wirtschaftsweise der KPD zuwendeten. Eine wesentliche Besonderheit der Weltwirtschaftskrise samt aller ihrer sozialen und gesellschaftlichen Folgen bestand in ihrer Dauer. Über Jahre hinweg keimte der Nährboden für Extremismus und damit für die politischen Ränder.

## Stabilität der Bundesrepublik

Im Gegensatz zu den Entwicklungen des frühen 20. Jahrhunderts profitieren die heutigen politischen Ränder bisher nicht von der „Corona-Krise“ und der

damit einhergehenden wirtschaftlichen Instabilität. Am rechten Rand fällt die Alternative für Deutschland laut einer Forsa-Umfrage, das erste mal seit knapp drei Jahren, auf unter 10%. Somit ist die Partei nicht nur kein Profiteur der „Corona-Krise“, sondern ein „Krisenverlierer“, so auch der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte von der Universität Duisburg-Essen.

Doch das Problem ist hausgemacht. Die ständigen internen Machtquerelen, die letztlich im vorläufigen Parteiauswurf des brandenburgischen rechtsextremen AfD-Fraktionsvorsitzenden Andreas Kalbitz gipfelten, verhindern ein geschlossenes Auftreten der Partei, um die Probleme der Krise effektiv zu adressieren. Somit fand die AfD nie eine einheitliche Linie zur Beantwortung der Fragen, die die Menschen in wirtschaftlicher und sozialer Not beschäftigen.

Stattdessen treibt die Partei munter ihre politische Agenda voran. Für Aufruhr sorgte die Forderung des AfD-Bundestagsabgeordneten Christian Wirth, man solle freigeordnete Kapazitäten im Luftverkehr „für eine schnelle und effektive Rückführung der rund 250.000 ausreisepflichtigen Migrant\*innen in Deutschland“ nutzen. Die AfD steht damit vor der Herausforderung, dass die inhaltlich adressierten Themen der Par-



tei, vor allem die Migrations- und Klimafrage, zumindest vorübergehend, nur eine untergeordnete Rolle im öffentlichen Diskurs spielen.

Am linken Rand stagniert Die Linke laut Forsa bei etwa 8% der Wähler\*innenstimmen. Nach Martin Ferber von den Badischen Neusten Nachrichten liegt eine Ursache dafür in der Politik der „kritischen Zustimmung“. So trägt Die Linke als Teil der Opposition wesentliche Beschlüsse und Gesetzesvorlagen der Bundesregierung mit, wie zum Beispiel die beschleunigten Verfahren mit Kürzung aller Beratungsfristen. Zudem wird der Vorwurf aus Politik und Teilen den Medien laut, die Partei würde die „Corona-Krise“ ausnutzen, um eigene parteipolitische Forderungen, wie z.B. die Einführung einer Vermögensabgabe, voranzutreiben.

## Black Friday vs. Corona

Beide Krisen, die Weltwirtschaftskrise von 1929 und die „Corona-Krise“ von 2020, produzierten erhebliche wirtschaftliche und soziale Folgen. Ihre Unterscheidbarkeit liegt jedoch in ihrem Ausmaß und ihrem Wesen selbst. Die Bundesagentur für Arbeit verkündet zwar außergewöhnlich hohe Zahlen, so hat sich die Arbeitslosenzahl im Vergleich der Monate März und April 2020 um über 300.000 auf ca. 2,65 Millionen Menschen erhöht und für über 10 Millionen Menschen wurde ein Antrag auf Kurzarbeit gestellt, jedoch waren die ökonomischen Folgen der Weltwirtschaftskrise 1929 deutlich drastischer.

Auch die Perspektive stimmt. Trotz voraussichtlicher massenhafter Insolvenzen und einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 6% in Deutschland im Jahr 2020, wird bereits ein positiver Trend für 2021 erwartet. Diese Aussicht ist auch auf die Entscheidungen der Regierungen in Bund und Ländern zurückzuführen.

Darin liegt ein weiterer wesentlicher Unterschied der beiden Krisen. So sehr die regierenden Akteure 1929 in den Augen der Bevölkerung versagten, so bestätigen heute Umfragen wie der ARD-DeutschlandTrend, dass weite Teile der Bevölkerung sehr zufrieden mit dem Verhalten der Regierenden in der Krise sind. So spricht die Politologin Sabine Kropp in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung von einem „Zusammenrücken von Staat und Bürger[\*innen]“.

**„Auch die Perspektive stimmt. Trotz voraussichtlicher massenhafter Insolvenzen und einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 6% in Deutschland im Jahr 2020, wird bereits ein positiver Trend für 2021 erwartet.“**

Selbst das Wesen der Krisen an sich ist deutlich unterscheidbar. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 stellte sich als offensichtliche Misere der kapitalistischen Wirtschaftsweise und als selbstverschuldetes Systemversagen dar. Das Problem wurde intern erschaffen und lag in den Augen der Bevölkerung somit in der Verantwortung der politischen Führungen.

Die „Corona-Krise“ ist in ihrem Ursprung jedoch eine biologische Krise, die lediglich ökonomische und gesellschaftliche Probleme als Folgen mit sich zog. Das Problem entstand somit extern und liegt nicht in der direkten Verantwortung der handelnden Personen. Das System hat diese Krise also nicht produziert, sondern viel mehr hat die Krise Schwächen des Systems offenbart. Von dieser indirekten Verantwortlichkeit scheint die Exekutive zu profitieren. Auch deshalb wird der Frühling 2020 nicht die gleichen politischen Folgen haben wie der Oktober 1929.



# The Great Lockdown

## Von Wirtschaftskrisen und Chancen

Von **Simon Peters**

Am 24. Oktober 1929 kollabierte in New York die Börse. Dieser mehrere Tage umspannende Zusammenbruch zog eine weltweite Wirtschaftskrise nach sich, die nicht nur verheerende Folgen für Unternehmer\*innen und Sparanleger\*innen hatte, sondern auch das Vertrauen in den Markt an vielen Stellen nachhaltig erschütterte. 2020, fast 100 Jahre später, legte die Corona-Pandemie das gesellschaftliche Leben zu großen Teilen lahm und verursachte damit auch einen internationalen Wirtschaftseinbruch. Der Internationale Währungsfond (IWF) erwartete im April sogar die schwerste Wirtschaftskrise seit der Großen Depression 1929. In diesem Artikel werden die beiden oben genannten Szenarien gegenübergestellt, auch wenn sich die vollständigen Folgen der Corona-Pandemie – im wirtschaftlichen Sinne – noch lange nicht absehen lassen.

### Eine Vergangenheitsanalyse

Eigentlich waren die 1920er ein Jahrzehnt des Aufschwungs nach dem Ersten Weltkrieg. Auch in Deutschland, dessen Wirtschaft und politische Ordnung schwer an den Bestimmungen des Versailler Vertrages und der Verschuldung des Krieges zu tragen hatte, stabilisierte sich die Lage Mitte der Zwanziger. Diese Stabilität begann jedoch erst nach der Hyperinflation

1923 und fand nach dem Börsencrash von 1929 ein jähes Ende.

In der zweiten Jahreshälfte von 1929 war der Dow Jones in den USA auf einem Höhenflug. Der Grund dafür war eine Spekulationsblase, die ihn künstlich in die Höhe getrieben hatte. Zum Vergleich: 1923 lag er bei 100, auf seinem Höchststand im Oktober 1929 bei 331 Punkten.

Beim endgültigen Zusammenbruch und seinen Folgen spielten also Spekulationen und auch – als offensichtliche Parallele zu heute – hohe Kredite, die ohne großes Zögern vergeben wurden, eine entscheidende Rolle.

Viele Großanleger\*innen gingen 1929 davon aus, dass der Höhenflug der Börse stetig weitergehen würde und nahmen daher Kredite auf, um neue Aktien zu kaufen. Als die Kurse letztendlich doch stagnierten, wurde vielen Anleger\*innen bewusst, dass die erwarteten Gewinne ausbleiben würden und sie die aufgenommenen Kredite nicht zurückzahlen würden können. Auch wenn der Börsencrash die USA am schwersten traf, hatte die aufkommende Wirtschaftskrise gewaltige Folgen auf Europa. Viele Staaten hatten sich während des Ersten Weltkriegs massiv verschuldet und konnten diese Schulden jetzt nicht zurückbezahlen, als

sie plötzlich aus Amerika zurückgefordert wurden. Damals wie heute beschäftigte Deutschland eine exportorientierte Industrie, die einer hohen Konjunktur bedarf. Vor 1923 wurde diese Konjunktur sogar durch eine gezielte Geldentwertung angetrieben, um Deutschland den Wiedereinstieg in den Welthandel zu ermöglichen. Eine Strategie, die kurzfristig Erfolg hatte, aber 1923 den vollständigen Zusammenbruch der Währung nach sich zog. November 1923 kostete ein Laib Brot 5,6 Milliarden Mark. Nach einer Währungsreform und dem Dawes Plan stabilisierte sich die Weimarer Wirtschaft und der jungen Republik waren ein ausgeglichener Staatshaushalt und einige Jahre mit geringer Arbeitslosigkeit und hoher Konjunktur beschert – bis 1929.

Reichskanzler Heinrich Brüning reagierte mit einer vehementen Sparpolitik auf die Weltwirtschaftskrise, die letztendlich zum Einbruch der Nachfrage und einer Massenarbeitslosigkeit führte.

### Eine Gegenwartsanalyse

Der IWF nennt die Coronakrise auch The Great Lockdown. Die Pandemie hat in 170 der 189 Mitgliedsstaaten des IWF eine Rezession ausgelöst, wobei 160 dieser Staaten vor vier Monaten noch gute Aussichten auf Wirtschaftswachstum hat-

ten. Weltweit sank die Wirtschaftsleistung und die Arbeitslosigkeit stieg.

Am 9. März kam es zum ersten Börsencrash. Die Wall Street vermeldete den größten Einbruch seit 1987. Ende März gab es in den USA 3,3 Millionen neue Anfragen auf Arbeitslosenhilfe, ein historischer Anstieg. Erste Parallelen zu der Weltwirtschaftskrise machten sich sofort bemerkbar. Die Globalisierung wurde durch den Ausfall zahlreicher Lieferketten zurückgefahren. Beispielsweise setzte die Pharmaindustrie lange auf Importe aus Asien, jetzt wird die inländische Produktion hochgefahren, um Ausfälle zu vermeiden.

Wir wissen aus den täglichen Nachrichten wie die Politik auf den Corona-Crash reagiert: Die G20 Staaten beschlossen ein Hilfspaket bis zu fünf Billionen Dollar, der IWF stellte bis zu 900 Milliarden Dollar an Kredithilfen bereit und die EU legte jüngst mit einem Wiederaufbauplan über 750 Milliarden Euro nach. Allerdings ist unklar, wie sich die Konjunkturprogramme auswirken werden. Wirtschaftsexpert\*innen zeichnen mithilfe des Alphabets drei Szenarien: Das „U“ beschreibt eine längere Talfahrt der Wirtschaft mit einer erst späteren Erholung im ersten Quartal 2021. Das „L“ beschreibt einen steilen Absturz mit langsamer Erholung in stagnierenden Schritten. Das „V“ wäre noch der beste Verlauf, bei dem auf den Absturz eine schnelle Erholung folgt. Der worst case ist das „W“: Absturz, Erholung, erneuter Absturz, erneute Erho-

lung. Das Wort „Depression“ ist wieder auf dem Tisch. Aber es gibt gravierende Unterschiede zu 1929, dazu zählen vor allem die Konjunkturpakete. Auch die Börsen haben aus dem Crash vor fast hundert Jahren gelernt und Restriktionen, Regulationen und Maßnahmen eingeführt, um einem extremen Kursverfall und der resultierenden Panik gegenzusteuern. Außerdem wird eine rasche Konjunkturerholung erhofft, indem der private Konsumimpuls durch die Konjunkturpakete gefördert wird. Hinter diesem Gedanken steht die aktuelle Vergabe von Hilfspaketen und Kredithilfen. Auch der diskutierte Strukturwandel zu einer klimaverträglichen Ökonomie, der mit manchen Hilfen verknüpft wird, stand 1929 nicht zur Debatte.

Trotzdem wird mit den Konjunkturhilfen hoch auf Gewinn spekuliert. Ein Faktor, der an die Vorläufer der Großen Depression erinnert. Die ersten Anzeichen sind positiv: Die Wirtschaft befreit sich aus der Corona-Starre und die Aktien steigen wieder, als hätte es den Shutdown nicht gegeben. Die Anleger\*innen an der Börse spekulieren offenbar auf eine schnelle Erholung. Dagegen prognostiziert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine langsame Erholung. Das Institut für Weltwirtschaft (IfW) geht mittlerweile nicht mehr von einer V-Kurve aus. „Nun soll es eher ein gestrecktes V oder ein U werden.“ Der Einbruch für eine Exportindustrie wie die Deutsche sei zu stark. Das worst case Szenario ist offensicht-

lich: Ein zweiter Lockdown, ein weiterer Wirtschaftseinbruch und die Blase könnte platzen.

### Ausblick

Dramatische wirtschaftliche Veränderungen bewirken politischen und kulturellen Wandel und umgekehrt. Auf die Weltwirtschaftskrise folgte in den 1930ern unter anderem eine faschistische Diktatur in Deutschland. Während dies ein Szenario ist, dass im Moment nicht wirklich real scheint, birgt die derzeitige Krise auch Raum für drastische Veränderungen in unterschiedliche Richtungen. Doch jede Prognose ist mit vielen Wenn & Dann Sätzen verknüpft. Wenn die Krise eine tiefere wirtschaftliche Talfahrt und somit die bekannten Faktoren Massenarbeitslosigkeit, Inflation etc. mit sich bringt, dann ebnen sich neue Wege für Parteien und Ideen mit einer unterschiedlichen Marktdoktrin als der gegenwärtigen freien Marktwirtschaft.

In diesen Konjunktivprognosen liegt aber auch die Chance der Krise. Wenn die Vergabe von finanziellen Hilfen an ökologische und umweltverträgliche Auflagen geknüpft wird und sich die Wirtschaft erholt, dann gelingt vielen wirtschaftlichen Branchen vielleicht endlich der Umschwung auf eine nachhaltigere Produktion.





# „Babylon Berlin“

Eine kurze Betrachtung des gesellschaftlichen Lebensgefühls damals und heute

Von **Penelope Wessel**

Nicht erst seit der Serie „Babylon Berlin“ sind die sogenannten „goldenen Zwanziger“ ein Begriff für ein ganz bestimmtes Lebensgefühl.

Die Weimarer Republik, jedenfalls die Zeit von 1920 – 1929, steht heutzutage auf der einen Seite für eine dynamische, pulsierende Gesellschaft, die unbekümmert rauschende Feste feiert, lebensfroh und sorglos mit Geld um sich wirft und nicht an ein Morgen denkt. Ein Jahrzehnt der revolutionären Veränderungen, nicht nur durch die generellen industriellen Modernisierungen, sondern auch durch das Aufbrechen alter, gesellschaftlicher Konventionen. Auf der anderen Seite wird die Republik auch oft als kurzes, intensives Aufbäumen der Demokratie vor den Schrecken des Nationalsozialismus betrachtet, eine „Republik ohne Republikaner“, von Anfang an zum Scheitern verurteilt durch die wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten ihrer Zeit.

Seit einigen Jahren werden die 14 Jahre der ersten Republik Deutschlands jedoch auch gern herangezogen, um sie mit den 20ern des aktuellen Jahrhunderts zu vergleichen. Finanzkrisen, gesellschaftliche Umbrüche, politische Unruhen, auf den ersten Blick scheinen sich in der Tat erstaunlich viele Parallelen zu ergeben. Doch lässt sich die Gesellschaft der „Roaring Twenties“ tatsächlich so einfach mit der „Generation Flatrate“ vergleichen?

## „Tanz auf dem Vulkan“ oder eine Modernisierung der urbanen Schichten

Es ist kaum möglich, ein einheitliches Bild des Lebensgefühls

der Menschen in Deutschland in den Jahren 1918 bis 1933 zu zeichnen, da es wenig gesellschaftlichen Konsens gibt.

So wird beispielsweise bei der Betrachtung dieser Zeit oft vergessen, dass der Graben zwischen der urbanen und der ländlichen Bevölkerung gravierend war. Dies liegt besonders daran, dass nach dem Krieg im Zuge der Industrialisierung eine Urbanisierung der Städte stattfand, eine sogenannte „Landflucht“. Zum anderen veränderte sich das Leben für diejenigen, die auf dem Land blieben, noch nicht im selben Maße wie für die Stadtbewohner\*innen.

Sprechen wir also von den „goldenen Zwanzigern“, so meinen wir fast ausschließlich die Bevölkerung der Großstädte von Hamburg, München und natürlich immer auch besonders: Berlin. Denn dort entwickelte sich eine noch nie dagewesene Massenkultur, mit unzähligen subkulturellen Strömungen. So gab es Teile der Bevölkerung, die zwanghaft am alten Kaiserreich festhalten wollten, während andere Teile ebenso zwanghaft in den Rausch des Neuen, Unbekannten drängten. Viele dieser Sehnsüchte und Hoffnungen auf Erneuerung -in die eine oder andere Richtung- drückten sich besonders in Kultur, Tanz, Musik, Schauspiel und Literatur aus. So wird beispielsweise in dem berühmten Film „Metropolis“ die Angst der Menschen durch die fortschreitende Modernisierung ihre Arbeitsplätze zu verlieren thematisiert. Denn die Modernisierung der Industrie sorgte zwar für Arbeitsplätze in neuen Bereichen wie Rundfunk, Film und Fernsehen, schaffte jedoch traditionelle Jobs durch die Einführung des Fließbandes ab.

Neue Zeitschriften, Kino, Schallplatten und ein pulsierendes Nachtleben sorgten für ein Gefühl der Befreiung, Erneuerung und des Aufbruchs in die Moderne. Gleichzeitig veränderte sich die Welt in einem Tempo, bei dem nicht alle gleichermaßen mithalten konnten. Die Sorge vor einer kulturellen und geistigen Entfremdung war ebenso allgegenwärtig.

## „Digitales Zeitalter“ - Ängste und Chancen

Bei der Betrachtung des Lebensgefühls des aktuellen Zeitalters spielt selbstverständlich besonders ein Faktor eine entscheidende Rolle: Die Einführung des Internets liegt noch nicht einmal zwanzig Jahre zurück, doch ein Leben ohne dieses Medium ist unvorstellbar. Kaum noch etwas in unserer heutigen Gesellschaft lässt sich gänzlich vom Internet abkapseln, und genauso wie die Industrialisierung der 1920er hat es ebenso neue Arbeitsplätze geschaffen, wie alte Unnütz gemacht.



„Generation Flatrate“ bezeichnet der Kindheitsforscher Carsten Rohlf die heutige Jugend. Damit spielt er darauf an, dass vieles, was früher langlebiger, aber auch schneller vergänglich war (Kunst, Kommunikation, zwischenmenschliche Beziehungen) heute unendlich vorhanden ist, dank Streaming-Diensten und Social Media. Es ist eine Konsumgesellschaft entstanden, die sich in ihrer Schnelllebigkeit und in ihrem Wandel immer wieder übertrifft.

Dies führt zu einer Auswahl an Möglichkeiten, einer Chance zur Individualisierung, die überfordernd wirken kann. Im Jahr 2020 kann alles, aber nichts muss. Es gibt eine Fülle an Optionen für den eigenen Lebenslauf, welche kein klares Bild mehr zeichnen und somit manche in die Flucht in vermeintliche Sicherheiten treiben.

Gesellschaftliche Kluften treten immer stärker hervor. So sind auch heute noch, ähnlich wie in Weimar, die ländlichen Gebiete was Digitalisierung und Modernisierung angeht, weit hinter dem Niveau der Großstädte zurück. Und der Generationenkonflikt, den es naturgegeben immer gegeben hat und immer geben wird, spitzt sich in unserem Jahrzehnt nicht nur durch die drohenden Folgen des Klimawandels, sondern auch die klaren hervortretenden Defizite unseres Rentensystems immer weiter zu.

Die Digitalisierung an sich bedeutet einen Meilenstein, schürt jedoch auch neue Ängste vor einer staatlichen Überwachung, vor gläsernen Bürger\*innen, vor einem Verlust an Demokratie. Auch das spiegelt sich in unserem Jahrhundert in der Kunst und Literatur wieder. Man denke nur an die Vielzahl

von Dystopien, wie der vielgefeierte Roman von Dave Eggers „The Circle“, in welchem der Staat und die Technologie dem Individuum zwar jede Last abnehmen, aber gleichzeitig auch jede Entscheidungsfreiheiten unterbinden.

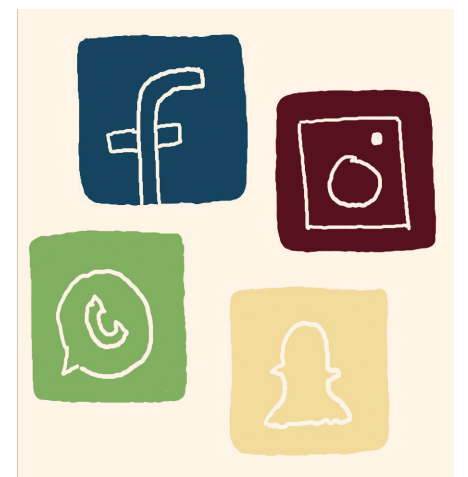
Vielleicht liegt hierin auch gerade einer der größten Unterschiede zu 1920: Ein Staat ohne demokratisch gewählte Volksvertretung wird gemeinhin als etwas schreckliches, nicht wünschenswertes angesehen.

## Moderne Vulkane

Es lässt sich nun also festhalten, dass es gewisse Tendenzen im Jahr 2020 gibt, die dem Lebensgefühl der Menschen 1920 ähneln.

Es herrschen stetige äußere Veränderungen, welche zur Folge haben, dass die eigene Biografie nicht mehr vorhersehbar und im schlimmsten Falle nicht mehr kontrollierbar scheint. Diese Ängste, die im Grunde verständlich sind, entladen sich jedoch ebenso wie in Weimar auch heute noch in politischen Extremen und im schlimmsten Falle in Gewalt.

Die heutige Gesellschaft hat nicht die Folgen eines Weltkrieges zu überwinden und sie ist längst nicht im selben Ausmaß von Inflation, Arbeitslosigkeit und Armut gebeutelt wie Weimar. Im Gegenteil. Zumindest in Europa haben wir, im Gegensatz zu der Generation der 1920er, das Glück unser Weltbild auf einem friedlichen, miteinander kooperierenden und solidarischem Kontinent aufzubauen. Unsere Grundbedürfnisse, unter anderem körperliche Unversehrtheit, freie Meinungsäußerung, Reisefreiheit, offener Zugang zu Bildung, sind für die meisten Bürger\*innen in Euro-



pa heute erfüllt. Somit haben wir die Möglichkeit, uns Themen zu zuwenden, welche zwar seit Jahrhunderten bestehen, jedoch bisher noch nicht gelöst wurden. Dazu zählen nicht nur, aber auch die Gleichberechtigung von Frau und Mann, soziale Ungerechtigkeit, Klimagerechtigkeit, Rassismus und Postkolonialismus.

Es mag sein, dass die Menschen 1920 auf dem Vulkan getanz haben, weil sie es nicht besser wussten, weil sie kein Weimar zum Vorbild und zur Lehre hatten. Wir jedoch haben all dies. Es ist unsere Aufgabe, unsere Verantwortung kommenden Generation gegenüber, die gesellschaftlichen Chancen, die wir aus dem Vergangenen Jahrhundert erlangt haben, aufrechtzuerhalten und weiter zu verbessern.

**„Der Blick in die Vergangenheit dient zur Orientierung, er kann dazu beitragen, dass wir uns auf dem Weg in die Zukunft zurechtfinden, aber er kann uns diesen Weg nicht vorzeichnen.“**

*Martin Sabrow, Historiker, in einem Interview mit der Augsburger Allgemeinen im Februar 2020*



# US-Wahlkampf

## Virtuelle Angriffe auf die liberale Demokratie?

Von **Charlotte Acker**

Seit den Diskussionen über eine russische Einflussnahme auf die US-Präsidentschaftswahlen im Jahr 2016 sind Bots häufig Gegenstand medialer Berichterstattung. Bots sind Computerprogramme, die vergleichbar mit automatisierten Maschinen nach ihrer Aktivierung ohne menschliche Zuhilfenahme im Internet agieren. Aus der IT-Welt und Wirtschaft sind Bots nicht mehr wegzudenken. Sogenannte Chatbots ermöglichen Unternehmen, die Fragen der Kunden automatisiert zu beantworten. Bots können vieles vereinfachen, bieten aber erhebliches Manipulationspotential. Bezüglich politischer Wahlen trifft das besonders auf sogenannte Social Bots zu.

Social Bots sind auf die Kommunikation in sozialen Netzwerken spezialisiert und agieren dort aus eigenen Profilen heraus. Björn Stecher von der Initiative D21 erläutert, dass Bots abhängig davon, wie komplex sie programmiert werden, unterschiedlich den virtuellen Diskurs beeinflussen: Simple Social Bots erhöhen die Reichweite von Beiträgen, indem sie diese teilen oder favorisieren. Komplexe Social Bots können mittels Algorithmus eigene Beiträge erstellen, andere Beiträge kommentieren und Nachrichten versenden.

### Die Detektion von Bots ist hochkomplex

Für Forschende ist es schwierig, zuverlässig zwischen in Social Bots eingebetteten Falschprofilen und realen Personen zu unterscheiden. Analysetools wie das „Botometer“ der Indiana University Bloomington können nur mit Wahrscheinlichkeiten arbeiten und überschätzen häufig die Zahl der Falschprofile.

Dies liegt einerseits daran, dass Bots natürlich sprachlich kommunizieren. Teilweise werden sogar absichtlich Rechtschreibfehler einprogrammiert, um menschliche Fehler vorzutäuschen. Andererseits reagieren Menschen häufig pauschal auf bestimmte Ereignisse und werden unzutreffend als Bot identifiziert. Das tatsächliche Ausmaß der Verbreitung von Social Bots kann daher nur geschätzt werden.

Die Funktionen von Social Bots werden zur politischen Einflussnahme genutzt. Social Bots fungieren als „Meinungsroboter“. Beiträge werden automatisiert, schnell und kontinuierlich gepostet, darunter auch Hassreden und Falschmeldungen. Gezielt wird die eigene Seite positiv und die andere negativ dargestellt. Philip Howard, Leiter des Projektes „Computational Propaganda“ der University of Oxford, untersuchte die Tweets, die am 29.06.16 - am Tag des ersten TV-Duells zwischen Hillary Clinton und Donald Trump – und in den drei Folgetagen entstanden sind.

Er schätzt, dass etwa ein Drittel der pro-Trump-Tweets und etwa ein Viertel der pro-Clinton-Tweets von Bots gepostet wurden.

### Bots manipulieren die Wähler\*innen

Social Bots beeinflussen das Verhalten von Teilen der Wähler\*innen. Philip Howard behauptet, dass die unerwartete Beliebtheit Trumps in der Latino-Wähler\*innenschaft auf eine Bot-Welle zurückzuführen ist. Gezielt wurden Latino-imitierende Bots eingesetzt, die Trump unterstützten, sodass eine Unterstützung vieler Latino-Wähler\*innen suggeriert wurde. Weiter erläutert Howard, dass soziale Medien die Plattformen sind, über die Jungwähler\*innen sich informieren und ihre politische Identität gewinnen. Dies ist bedenklich, weil junge Erwachsene, die mit digitalen Medien aufgewachsen sind, Vertrauen in die Seriosität der Inhalte haben und diese möglicherweise unkritisch hinnehmen. Simon Hegelich von der Technischen Universität München behauptet, dass Social Bots

die Bürger\*innen weniger inhaltlich in ihrer Parteipräferenz beeinflussen, sondern in ihrer grundsätzlichen Entscheidung, überhaupt wählen zu gehen. Wenn Bürger\*innen sehen, dass ihr präferierte\*r Kandidat\*in bereits viele virtuelle Anhänger besitzt und unwissend über die Verzerrung durch Bots sind, gehen sie möglicherweise nicht wählen, weil sie denken, dass die vorgetäuschte Beliebtheit bereits für einen Wahlsieg ausreichen könnte.

Die große Anzahl der Software-roboter ist bedrohlich. Menschen sind im virtuellen Diskurs gegenüber Bots chancenlos, denn Bots können Inhalte zu jeder Tageszeit hochfrequentiert verbreiten. Obwohl Online-Abstimmungen verfälscht, Hassreden und Falschmeldungen verbreitet und Desinformationskampagnen gestartet werden, sieht der Gesetzgeber bisher keine Notwendigkeit, den Einsatz von Bots zu regulieren. Den Informationsfluss zu beschränken,

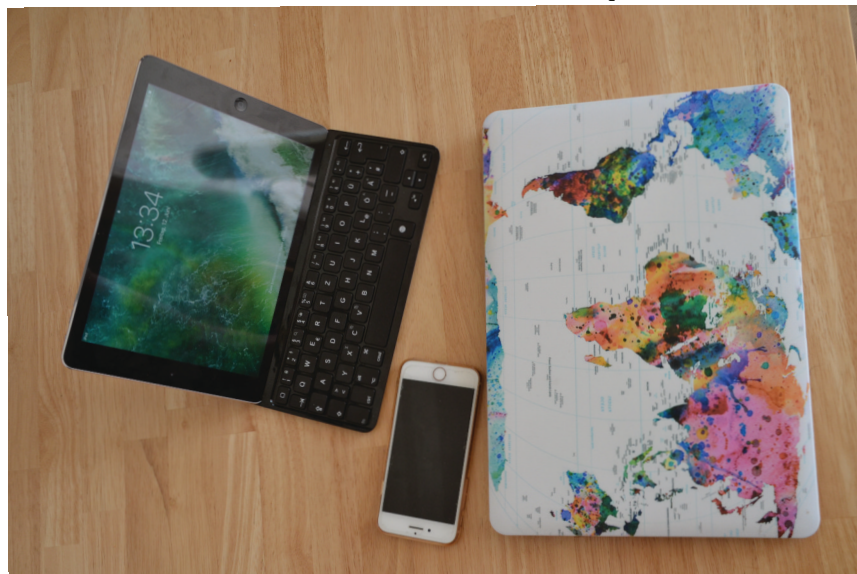
scheint undemokratisch und mit der hoch aufgestellten Freiheit der Meinungsäußerung unvereinbar. Genauso undemokratisch ist jedoch, dass Bürger\*innen durch die oben genannten Auswirkungen des manipulativen Einsatzes von Bots in ihrer Wahlentscheidung beeinflusst werden. Zumindest müssten die Bürger\*innen über Social Bots aufgeklärt werden und für diese Form der Meinungsmanipulation sensibilisiert werden. Der Einfluss von sozialen Medien und Social Bots wird mit Blick auf die US-Präsidentschaftswahlen 2020 steigen. Es ist zu erwarten, dass Bots immer menschenähnlicher agieren werden und schwieriger aufgespürt werden können.

Steve Andriole erläutert im Forbes Magazin, dass diejenigen Kandidat\*innen erfolgreich sein werden, denen es gelingt, Bots strategisch einzusetzen. Bots verhärten mit einseitigen und undifferenzierten Beiträgen die Fronten der bereits stark polarisierten US-Gesell-

schaft. Besonders gefährdet für die Beeinflussung durch Bots dürften Minderheiten sein, weil diese gesellschaftlich exponiert sind und innerhalb ihrer Gruppe häufig konforme und einheitliche Wahlentscheidungen treffen.

Bots sind effektiv, weil die Menschen zu Realitätsverzerrungen und polarisiertem Schwarz-Weiß-Denken neigen. Es wurde schon immer versucht, an diese beiden Schwächen anzuknüpfen, um die Öffentlichkeit zu beeinflussen. Frühere Hetzkampagnen in Zeitungen sind jedoch nicht mit Bots zu vergleichen. Damals agierten Menschen gegen Menschen, heute Menschen unwissentlich und chancenlos gegen automatisierte Softwareroboter.

Verdeckte Social Bots sind als Angriffe auf die liberale Demokratie zu bewerten und sollten mindestens einer Kennzeichnungspflicht unterliegen.





# Saudi-Arabien im Zeichen der Öl-Krise

Saudi-Arabien's politisches System gerät durch den niedrigen Öl-Preis unter Druck

Von **Philipp Sprengel**

Autofahrer\*innen freuen sich derzeit über einen niedrigen Ölpreis. Saudi-Arabien beschert dieser allerdings große Einbußen. Ende Februar ist der Ölpreis aufgrund der gesunkenen Nachfrage wegen der Corona-Pandemie auf Talfahrt gegangen. Saudi-Arabien ist auf die Einkünfte aus dem Ölexport zur Finanzierung des Staatshaushaltes angewiesen. Falls der niedrige Ölpreis länger bestehen bleiben sollte, könnte dies zu weiteren drastischen Veränderungen im saudischen Königreich führen.

## Ölpreis auf sehr niedrigem Niveau

Seitdem sich seit Februar ein Ölpreisverfall andeutete, versuchten Russland und Saudi-Arabien sich zusammen mit der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) auf eine Reduktion der Fördermengen zu einigen, um den Ölpreis zu stabilisieren. Da den beiden Staaten eine Einigung nicht gelang, erhöhte Saudi-Arabien die Fördermengen deutlich, um den eigenen Anteil am Weltmarkt zu erhöhen und Russland zu einer Einigung zu bewegen. Aufgrund des daraus folgenden vergrößerten Überangebots sank der Ölpreis nochmals. Mitte April konnten sich zusammen mit Saudi-Arabien und Russland 20 ölfördernde Staaten auf eine Reduktion der Fördermengen um zehn Prozent einigen. Trotz der noch nie dagewesenen Förderverminderung fiel der Ölpreis kurzzeitig sogar ins Negative, bevor er sich im Mai etwas erholte. Mit einem Preis von ungefähr 35 US-Dollar pro Barrel ist er aber immer noch viel zu niedrig für den saudischen Wüstenstaat, welcher mit einem mindestens doppelt so hohen Ölpreis plant.

## Wohlstand der saudischen Bevölkerung durch Ölexport

Die hohen Ausgaben Saudi-Arabien kommen insbesondere der Bevölkerung zu Gute. Es besteht ein ungeschriebener Sozialvertrag. Saudische Bürger\*innen profitieren von stark subventionierten Produkten und einem ausgeprägten Wohlfahrtsstaat und verzichten dafür auf politische Beteiligung. Eine übergroße Staatsbürokratie ermöglicht zudem die Beschäftigung eines Großteils der Bevölkerung beim Staat. Damit konnte sich das Königshaus über lange Zeit die Loyalität der Bevölkerung sichern.

## Wohlstandsversprechen kann immer weniger eingelöst werden

Der große Ölpreisverfall 2014/15 hat allerdings zu tiefgreifenden Veränderungen geführt. Saudi-Arabien hat in den folgenden Jahren erstmals eine Mehrwertsteuer von fünf Prozent eingeführt und die Subventionen für Strom und Wasser gekürzt. Eine stetig wachsende Bevölkerung macht zudem eine weitgehende Vollbeschäftigung beim Staat nicht mehr möglich, was bereits zu einer Jugendarbeitslosigkeit von ca. 30 Prozent geführt hat. Da das Königshaus durch die jetzige Tiefpreisphase des Öls neue Steuern und Haushaltskürzungen in Betracht ziehen muss, könnte sich die Unzufriedenheit in der Bevölkerung erhöhen.

## Kronprinz verändert Saudi-Arabien

Proteste konnten bisher durch den jungen Kronprinz Mohammed bin Salman (MBS) verhin-

dert werden. Einerseits geht er auf die junge Bevölkerung zu, indem er die strikten religiösen Regeln lockert und versucht ihnen mit seiner Vision 2030 eine Perspektive aufzuzeigen. Andererseits gewährt MBS deutlich weniger politische Freiheiten und konzentriert die Macht zunehmend auf seine Person. Mit seinen als Stellvertreterkriege deklarierten militärischen Auseinandersetzungen gegen den Iran im Mittleren Osten lenkt der Kronprinz von den innenpolitischen Spannungen ab und erzeugt eine gegen den Iran ausgerichtete nationalistische Ideologie.

## Unzufriedenheit in der saudischen Bevölkerung steigt

Mit dieser Umgestaltung des politischen Systems Saudi-Arabien, welches zuvor auf dem Islam, der gemeinsamen Regierung der Königsfamilie und dem Sozialvertrag beruhte, riskierte MBS viel. Er brachte bereits große Teile der konservativ-religiöse geprägten saudischen Bevölkerung und der Königsfamilie gegen sich auf. Wenn er nun die mit der Vision 2030 geplante wirtschaftliche Umgestaltung Saudi-Arabien aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel nicht durchführen kann, verärgert er insbesondere die Wirtschaftselite des Landes. Da aber nicht nur die Gelder für wirtschaftspolitische Investitionen fehlen werden, sondern ebenfalls für die Erfüllung des Sozialvertrages und für das Militär, könnte sich mehr als je zuvor der Verdruss der saudischen Bevölkerung in Protesten entladen.

## Stabilität Saudi-Arabien in Gefahr?

Durch die bestehenden strengen Restriktionen gegen jegliche Kritik an der Politik der saudischen Staatsführung, fehlt allerdings bisher eine organisierte Opposition in Saudi-Arabien. Die Eliten des Landes

haben sich außerdem bei vergangenen großen Krisen zusammengeschlossen und gemeinsam Lösungen zum Erhalt des politischen Systems gefunden. Die kommende Weltwirtschaftsrezession und die weltweiten Anstrengungen zur Nutzung regenerativer Energien könnten zu einem

langfristig niedrigen Ölpreis führen. Ob dies den saudischen Staat nicht doch in eine existenzielle Krise führen wird, bleibt abzuwarten. Im Sinne der Stabilität der gesamten Region ist dies nicht zu hoffen, aber die Gefahr ist größer denn je.



Keine große Veränderung von Mitte April (rechts) bis Anfang Juni (links): Der Ölpreis und damit auch der Spritpreis bleiben niedrig.



# Data und Digitalisierung

## Crowdworker\*innen – das zukünftige Prekariat der digitalen Arbeitswelt?

Von **David Isken**

„Justice for ‚Data Janitors‘“. Unter diesem Titel publizierte die ehemalige Google-Mitarbeiterin Lilly Irani einen Beitrag auf „Public Books“, worin sie auf eine Sparte Mitarbeiter\*innen aufmerksam macht, die niemand in den hippen working spaces von Google zu Gesicht bekommt und nie zu Gesicht bekommen wird: sogenannte Crowdworker\*innen. Gemeint sind Beschäftigte, die von überall auf der Welt Aufgaben verrichten, die bei der Digitalisierung bestimmter Arbeitsprozesse „übriggeblieben“ sind.

Dazu brauchen diese lediglich einen Computer und eine Internetverbindung. Ihre einzige Aufgabe kann zum Beispiel, je nach Auftrag, darin bestehen, Internetwerbung auf unangemessene Inhalte zu durchsuchen, damit sie nicht bei den Verbraucher\*innen auftaucht.

Statt aus diesen Aufgaben zeit- und kostenintensive Projekte mit Angestellten zu generieren, zerlegen nun Unternehmen wie Google solche Aufgaben in Mikroaufträge (Microtasks) und geben sie über eigene oder fremde Internetplattformen an tausende Crowdworker\*innen aus. Die Rede ist häufig auch von digitaler Fließbandarbeit.

Die Bezeichnung „janitor work“ kann vermutlich am besten mit „Hausmeisterarbeit“ übersetzt werden. Crowdworker\*innen sind – nicht ausschließlich – für IT-Konzerne vordergründig damit betraut, Algorithmen zu trainieren. Aus dem oben genannten Beispiel lässt sich schlussfolgern, dass eine künstliche Intelligenz menschliche Verhaltensweisen, beziehungsweise kulturelle Eigenheiten nicht als solche identifizieren kann. Dafür braucht es noch den Menschen

selbst. Ein\*e Hausmeister\*in räumt „Barrieren“ aus dem Weg, damit z. B. der Schulbetrieb reibungslos funktionieren kann. Genauso verhält es sich bislang mit den noch eingeschränkten Fähigkeiten von Künstlicher Intelligenz.

Nach Lilly Irani, die heute als Wissenschaftlerin im Bereich Computer Science tätig ist, sind diese Arbeiter wohl das Symbol eines trügerischen Mythos über die digitale Transformation und seine Chancen.

### Amazon Mechanical Turk

Von den vielen Plattformen, die Mikroaufgaben anbieten, ist „Amazon Mechanical Turk“ (AMT), ein bekanntes Beispiel. Unternehmen und Einzelpersonen bieten – seit 2012 auch in Deutschland – hier Aufgaben wie Personenerkennung auf Fotos, Plagiatsprüfung oder die Transkription von Audioaufnahmen an – Human Intelligence Tasks (HIT) genannt, weil Computer dazu bislang nicht in der Lage sind. Unternehmen setzen dabei auf die Effizienz der Schwarmintelligenz. An AMT zeigt sich der Makel des Systems: Die Aufträge, durch die sich Solo-Selbstständige – und damit Selbstversicherungspflichtige – klicken, werden pro Ausführung vergütet. Im Durchschnitt sind dies allerdings nur wenige Cents.

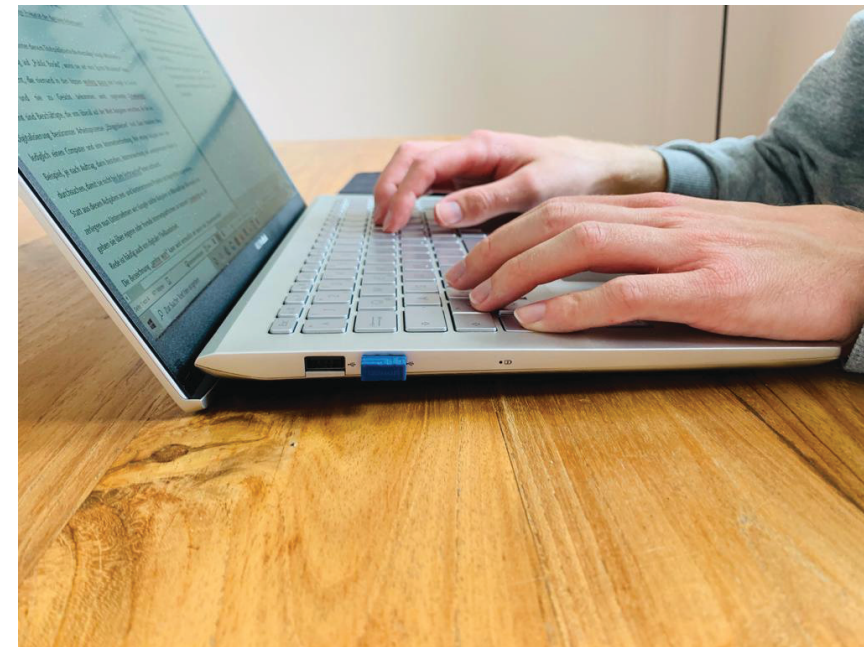
Damit Crowdworker\*innen am Ende des Tages auf eine angemessene Summe kommen, müssen sie sich in Akkordarbeit durch die Aufträge klicken. Dramatisch ist, dass Auftraggeber\*innen fehlende rechtliche Rahmenbedingungen teilweise ausnutzen, um geleistete Arbeit oftmals überhaupt nicht zu bezahlen. Ihre Arbeit ist zudem überwachbar, zum Beispiel

durch die Aufzeichnung der Tastenanschläge oder Screenshots vom Computer.

### Welche Bedeutung hat Crowdworking in Deutschland?

Experten messen Crowdworking hierzulande nur eine geringe Bedeutung bei. Doch laut dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) ist mit knapp fünf Prozent aktiven Crowdworker\*innen – gemessen an der Gesamtzahl der wahlberechtigten Bevölkerung – die Zahl höher als bislang angenommen. Dies geht aus einer Studie von Oliver Serfling, Professor für Wirtschaftspolitik an der Hochschule Rhein-Waal hervor (Stand 2018). Diese zeigt auch: Die Mehrheit der Crowdworker\*innen in Deutschland ist hochgebildet. Im engeren Sinne umfasst Crowdworking nicht nur Microtask-Arbeiten, auch Clickworking genannt, sondern auch gut bezahlte Auftragsarbeiten. Sie richten sich an höher Qualifizierte und nehmen deutlich mehr Zeit in Anspruch. So beziehen immerhin 40 Prozent der Studienteilnehmer\*innen durch diese Tätigkeiten 1000 Euro Brutto in der Woche. Für zwei Drittel ist Crowdworking bislang nur eine Nebenbeschäftigung.

Aus der Untersuchung geht auch hervor: Ein Drittel der Befragten verdient weniger als 100 Euro in der Woche. Vermutet wird, dass es sich hierbei um Microtasks handelt, die kein besonderes Vorwissen verlangen, und höchstwahrscheinlich von geringer Qualifizierten erledigt werden. Auf den Plattformen befinden sich auch eine höhere Anzahl Hauptschüler\*innen oder Personen ohne Abschluss. Denkbar ist, dass diese auf Websites wie „Clickworker“, das deut-



sche Äquivalent zu AMT, ihre Arbeitsleistung anbieten. Auch hier geht es in erster Linie um Mikrotask-Arbeit zu bedenklichen Bedingungen.

### Implikationen für eine voll digitalisierte Arbeitswelt

Die Zahlen sollten zwar nicht überbewertet werden, doch mit der fortschreitenden digitalen Transformation der Arbeitswelt könnte es zu einer Zunahme sowohl von Microtasks als auch denjenigen geben, die von dieser Art Arbeit ihren Hauptlebensunterhalt bestreiten müssen.

Einer Prognose des BMAS zufolge werden Menschen ohne Berufsbildung in Zukunft deutlich geringere Chancen auf einen Arbeitsplatz haben als bisher. Diese könnten zukünftig in den Sog einer solchen Plattformökonomie geraten, weil es für sie kaum noch Alternativen gibt. Doch auch höher Qualifizierte können in diese Lage kommen. So interviewte der NDR einen selbstständigen Ingenieur, der sich auf

Noch im Dezember 2019 kam das Landesarbeitsgericht München zu dem Schluss, dass Crowdworker, wenn ihre Beziehung zur Plattform auf einer sogenannten Basisvereinbarung beruht, im Regelfall keinen Arbeitnehmer\*innenstatus und somit auch keinen Kündigungsschutz besitzen.

Grundsätzlich stellen sich weitere Fragen. Wie ist zum Beispiel die Einhaltung eines Mindestlohns zu kontrollieren, wenn oft nicht klar ist, wie lange an einer Aufgabe gearbeitet wurde, wie die Website Karriere Bibel bekannt gab.

Grundsätzlich stellt der sogenannte Dreiklang aus Plattformbetreiber\*innen, Crowdworker\*innen und Auftraggeber\*innen Rechtsanwalt Jörn-Philipp Klimburg zufolge Regulierungen vor erhebliche Schwierigkeiten.

Digitale Transformation fördert also nicht nur neue Jobs und Wohlstand. Die Politik darf bei der Unterstützung der Digitalisierung deutscher Schlüsselindustrien nicht diejenigen aus dem Auge verlieren, die dem Fortschritt zum Opfer fallen. Denn: Modernisierungsprozesse kennen immer Gewinner und Verlierer. Neben der Politik sollten vor allem Großkonzerne dazu angehalten werden, sich um eine angemessene rechtliche Basis auch für flexible Angestellte wie Crowdworker\*innen zu kümmern. Wird dies ignoriert, dann kann im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung zukünftig mit größeren Anzahlen sogenannten digitaler Tagelöhner oder sogar ein regelrechtes digitales Prekariat gerechnet werden.

„Clickworker“innen-Plattformen auf Textkorrekturen spezialisiert hat.

Einer Marktanalyse in der Schweiz, durchgeführt vom Institut YouGov, zufolge erfahren viele Bewerber die Problematik, dass sich die beruflichen Qualifikationen ihrer erlernten Tätigkeit verändert haben. Digital versierte seien nach manchen Arbeitssuchenden gefühlt im Vorteil.

Dieser Eindruck deckt sich mit weiteren Studienergebnissen. Untersuchungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Consult zufolge gehen die meisten Personalmanager davon aus, dass IT-Kompetenzanforderungen für Mitarbeiter\*innen und Auszubildende in den nächsten steigen werden.

### Herausbildung eines digitalen Prekariats?

In Deutschland ist die rechtliche Lage von Crowdbeziehungsweise Clickworking undurchsichtig.



# Die östliche Nachbarschaft der Europäischen Union im Umbruch

Von **Dr. phil. Shushanik Minasyan**

Nach über 15 Jahren der politisch-gesellschaftlichen Umbrüche fällt die Erfolgsbilanz der demokratischen Transformation in den östlichen Nachbarländern der Europäischen Union (EU) nüchtern aus. Besonders die reformorientierten Staaten Armenien, Georgien und Ukraine sowie deren Gesellschaften sind mit schwerwiegenden politischen und sozialen Krisen konfrontiert. Bei einer ersten Betrachtung der aktuellen Entwicklungen lassen sich in allen drei Staaten trotz unterschiedlicher Verläufe der post-sowjetischen Staatenbildungsphasen analoge Entwicklungsmuster erkennen. So sind jeweils die Attribute einer rechtsstaatlichen Systemtransformation nach wiederholten Modernisierungsversuchen auf der Strecke geblieben und die Demokratisierungsprozesse folglich zum Stillstand gekommen.

Die samtene Revolution in Armenien (2018) und der jüngste Regimewechsel in der Ukraine (2019) erzeugten hoffnungsvolle Visionen der liberal-demokratischen Gestaltbarkeit politisch-gesellschaftlicher Verhältnisse. Die Diskurse des politischen Neubeginns waren besonders von libertären Vorstellungen sowie einer großen Euphorie geprägt und die neue politische Führung wurde jeweils als „Retter der Nation“ glorifiziert. Der ursprüngliche Enthusiasmus hat allerdings in beiden Ländern angesichts der sich abzeichnenden Reorganisation des politischen Patronagesystems sowie des Ausbleibens eines nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwungs deutlich nachgelassen. Das georgische politische System bleibt ebenfalls mit struk-

turellen Defiziten behaftet. Die georgischen Revolutionswellen haben zwar die politischen Wandlungsprozesse beschleunigt und neue politische Akteure auf die Bühne gebracht, die Hoffnungen auf eine demokratische Transition wurden allerdings schnell gedämpft, da sich in relativ kurzer Zeit auch die neue Regierung autoritär und selbstherrlich zeigte. Die bisher anhaltende gesellschaftliche Unzufriedenheit und Enttäuschung, die sich in wiederholten Massendemonstrationen äußern, liefern klare Hinweise dafür, dass die Systemschwächen in der gegenwärtigen georgischen politischen Realität nach wie vor präsent sind.

Diese Entwicklungen werden in allen drei Staaten durch das Zusammentreffen verschiedener Faktoren begünstigt. Als primärer Grund für den anhaltenden Reformstau erweist sich die fehlende Erfahrung mit der pluralistischen politischen Kultur, die sich an erster Stelle in sporadischen parteipolitischen Landschaften bemerkbar macht. Die unüberschaubare Parteienvielfalt kann zwar als Anzeichen eines politischen Pluralismus gesehen werden, angesichts der fehlenden ideologischen Konstruktion im parteipolitischen Diskurs gefährdet dieses Phänomen allerdings nachhaltig die politische Stabilität. In allen drei Ländern wurden die revolutionären Bewegungen vor allem als Kampf gegen systemische Korruption, Vetternwirtschaft und Erosion der Staatlichkeit geführt. Die ideologischen Grundwerte sowie programmatischen Ausrichtungen der neuen politischen Führungen wurden jedoch nach wiederhol-

tem Machtwechsel nie klar definiert. Die politische Landschaft zeichnet sich in allen drei Fällen durch eine hochgradige Personalisierung aus, da sich der charismatische Anführer der neuen parteipolitischen Elite jeweils als alternativloser Garant des Gemeinwohls inszeniert. Die politische Agenda verharrt stets in einem „Wir-Ihr-Dualismus“, in dem die herrschende Elite ihre Legitimität durch den Kampf gegen die „alte“ Elite zu verfestigen versucht. Diese Stärkung von Gruppengrenzen führt wiederum zu einer gefährlichen Polarisierung der Gesellschaft. Die fehlende Perspektive von gesellschaftlicher Versöhnung verhindert nun ihrerseits die Bildung einer konsensstiftenden Kraft und aggregiert somit Risiken für den intendierten demokratischen Systemwandel.

Als weiterer Schwachpunkt gilt die zivilgesellschaftliche Landschaft, die sowohl in der Ukraine als auch in Armenien und Georgien bereits mehrmals eine schmerzhaft „Verstaatlichung“ zu bewältigen hatte. Die politischen Wandlungsprozesse gingen ausnahmslos mit der Deorganisation der zivilgesellschaftlichen Szene einher, deren führende Vertreter jeweils in die neue Regierung gewechselt sind und damit ein Vakuum im zivilgesellschaftlichen Akteursspektrum hinterließen. Diese Selbstschwächung der Zivilgesellschaft zog kontraproduktive Entwicklungen wie etwa eine Verringerung ihrer Kontrollfunktion in der politischen Entscheidungsbildung nach sich. Jeder Reorganisationsversuch gestaltete sich sehr mühsam, da die neuen nicht-staatlichen Akteure

direkte Interessenartikulation gegenüber den politischen Entscheidungsträgern mieden und somit ihre Anregungen und Präferenzen in der entscheidenden Transformationsphase keinen Eingang in die politischen Prozesse fanden.

Eine Barriere für die Öffnung gegenüber der demokratischen Werteorientierung stellt ferner die multiple politische Identitätsstruktur dar. Die Identifikation mit der sowjetischen politisch-gesellschaftlichen Kultur, die sich vor allem in der Ablehnung der liberal-demokratischen Fundamente artikuliert, ist weiterhin in allen drei Ländern feststellbar. Einen besonders starken gesellschaft-

lichen Einfluss besitzen aber auch nationale Identitätsmuster, die aus national-ethnischen Selbstfindungsprozessen der postsowjetischen Phase entstanden sind und keinen Raum für die Akzeptanz fremder sowie westlicher Wertevorstellungen zulassen. Der Wunsch nach der Rückkehr zur sowjetischen Staatlichkeit, gepaart mit der West-Negierung, wirkt sich auf den Transformationsprozess erheblich hinderlich aus.

Als ähnlich problematisch erweist sich in diesem Kontext die Strategie der EU sowie der anderen westlichen Demokratieförderer, die als Hauptziel die Stabilität des politischen Systems definieren und dabei der

Demokratiequalität sowie den oben erwähnten Faktoren wenig Beachtung schenken. Um einen nachhaltigen politischen Wandel zu erreichen, ist eine dauerhafte realitätskonforme Umstrukturierung des Demokratisierungsansatzes unumgänglich. Vor allem zivilgesellschaftliche Kooperationsformate sowie Wissenstransfer sollten zum Gegenstand des Dialogs werden, da insbesondere der permanente intensive Austausch im Bildungsbereich eine Stärkung des Demokratiebewusstseins der Bürger verspricht.

## Steckbrief:

**Dr. phil. Shushanik Minasyan**



**Studium:** Germanistik und Politikwissenschaft (Diplom), Interkulturelle Kommunikation und Europastudien (Master of Arts)

**Dissertationsthema:** Die energiepolitischen Interessen der Europäischen Union im Südkaukasus

**Forschungsschwerpunkte:** Europäische Außen- und Sicherheitspolitik in Eurasien; politische Transitionsprozesse im postsowjetischen Raum; russische, türkische und iranische Politik im Kaspischen Raum

**Lehrveranstaltungen / SoSe 2020:**

**Bachelorseminar:** Die Herausforderungen der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik im Eurasischen Raum

**Bachelorseminar:** Die aktuellen Herausforderungen der europäischen Energiesicherheitspolitik

**Lieblingsort in Bonn:** Bonner Rheinufer



# Wie Orbán von der Krise profitiert

Ein Text über die Aushöhlung der Demokratie in Ungarn in der Pandemie

Von **Laura Zimmermann**

Freiheitsbeschränkung, Maskenpflicht und Lockdown sind Begrifflichkeiten, mit denen wir seit Wochen umgehen müssen, als wäre es selbstverständlich. Dabei befinden wir uns in einem Ausnahmezustand. Werte scheinen sich zu verschieben. Ist es nun Ausdruck von Zuneigung und Wertschätzung des Gegenübers, wenn man Abstand hält?

Die Welt dreht sich seit dem Ausbruch des Coronavirus um Virolog\*innen, um die Wirtschaftskrise und um Infektionszahlen. Unsicherheit, Frustration und ein gewisses Misstrauen gegenüber den politischen Eindämmungsmaßnahmen verstärken sich. Es ist, als würde die Welt stillstehen und die Angst um die Zukunft täglich zunehmen.

Aber es gibt auch Personen, die von dieser Krise profitieren. Und das sind nicht nur Fahrradverkäufer\*innen, sondern auch Persönlichkeiten wie Viktor Orbán. Unter dem Deckmantel einer weltweiten Massenpanik und der Konzentration auf die nationale Bewältigung der Corona-Krise, scheint es, als hätte er als der amtierende Ministerpräsident Ungarns einen weiteren Versuch gestartet, seine Macht auszubauen und demokratische Strukturen weiter aufzulösen.

## Langsam, aber sicher: Orbáns politische Errungenschaften der letzten zehn Jahre

Viktor Orbán ist seit nun zehn Jahren Ministerpräsident Ungarns, wurde er am 29. Mai 2010 für dieses Amt gewählt. Diese Entscheidung hat die ungarische

Politik nachhaltig verändert. Die rechtskonservative Partei Fidesz erreichte 2010 in einem Wahlbündnis mit der KDNP (KDNP, deutsch: Christlich-Demokratische Volkspartei) eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament, die bis heute fortwährt. Durch diese Entscheidungsmacht hat das ungarische Parlament in den vergangenen zehn Jahren tiefgreifende Gesetzesänderungen beschlossen, damit demokratische Institutionen geschwächt und Grundrechte sowie die Gewaltenteilung eingeschränkt. Mit der sogenannten Wahlrechtsreform zu Gunsten des Wahlerfolgs der Regierungskoalition und der Einschränkung der Presse- Informations- und Meinungsfreiheit durch die Mediengesetze wurden demokratische Strukturen immer weiter abgebaut.

## Die Corona-Krise als neuer Handlungsspielraum

Am 30. März 2020 trat das von Orbán vorgelegte Notstandsgesetz in Kraft. Kurzum: Das Parlament hat damit seine eigene Entmachtung unterzeichnet. Durch dieses Gesetz ist die Regierung mit umfassenden Sondervollmachten ausgestattet, mit der Begründung, die Folgen der Covid-19-Pandemie damit zielführend eindämmen zu können. Folglich konnte Orbán seither zeitlich unbefristet per Dekret regieren, was nichts anderes bedeutet, als dass er für die Verabschiedung eines Gesetzes die Zustimmung des Parlaments nicht mehr braucht.

Dabei, so heißt es im Gesetzestext, könne er „die Anwendung einzelner Gesetze suspendieren, von gesetzlichen Bestimmungen abweichen und sonstige außerordentliche Maßnahmen treffen“. Diese Formulierungen ermöglichen der Regierung einen Handlungsspielraum für Gesetzesentwürfe, die sich nicht nur auf die Bewältigung der Krise konzentrieren müssen. Und genau das bestätigen einige Verordnungen, die seit der erteilten Vollmacht verabschiedet wurden: Die Verbreitung von „Fake-News“ wurden genauso wie die Verbreitung von Fakten unter Strafe gestellt, das Demonstrationsverbot verschärft und die rechtliche Anerkennung von Transsexuellen abgeschafft. Nun wird darüber diskutiert, ob diese Notverordnung im Juni aufgehoben werden kann und damit das Machtmonopol der Regierung beendet wird.

## Demokratie - Quo vadis?

Ungarn ein Beispiel, wie akute Krisen für den politischen Machtmissbrauch und die Aushöhlung der Demokratie genutzt werden können. Aber nicht nur in Ungarn verspürt man einen gewissen Gegenwind gegenüber der Demokratie als Staatsform. Auch in Berlin vor dem Reichstag versammelten sich im Mai Menschen, die protestierten, weil sie ihre Grundrechte durch die Eindämmungsmaßnahmen als zu stark eingeschränkt ansehen.

Unabhängig davon, ob die Vorwürfe begründet waren oder nicht, rücken folgende Fragen immer mehr in das Bewusstsein:

In welchem Ausmaß können und sollten wir Grundrechtseinschränkungen tolerieren? Sind diese eine Gefahr für das zukünftige Vertrauen in die Demokratie? Ist Demokratie eine Staatsform der Zukunft oder der

Vergangenheit? Wie vieles in der aktuellen Situation sind zu erwartende Entwicklungen genauso wage, wie der Ausgang der Corona-Krise. Es wird daher die Aufgabe der Wissenschaft sein, diesen Fragen nachzugehen und

dessen Auswirkungen auf die Stabilität politischer Systeme zu untersuchen.





# Die Europäische Union und die Corona-Krise-ein Ausblick

Mögliche Zukunftsperspektiven der Europäischen Union

Von **Robin Weiden**

Eigentlich hätte am diesjährigen Europatag, dem 9. Mai, der Startschuss für die Konferenz zur Zukunft Europas fallen sollen. Doch durch den Ausbruch der Corona-Pandemie ist dieses Vorhaben zunächst auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Die Europäische Union stehe „vor der größten Bewährungsprobe seit ihrer Gründung“, betonte Angela Merkel zu Beginn der Krise im Berliner Kanzleramt. Es sei im Interesse aller, „dass Europa stark aus dieser Bewährungsprobe hervorgeht“.

Als einzige Antwort auf die Krise könne es „mehr Europa“, ein stärkeres Europa und ein „gut funktionierendes Europa“ geben. Die Realität jedoch war eine andere. Von der gelebten europäischen Solidarität in der Krise, von der die Europäische Kommission stolz auf ihrer Homepage berichtet, war nur wenig zu sehen. Stattdessen schlossen die Mitgliedsstaaten in Panik einer nach dem anderen ihre Grenzen, Lieferketten wurden unterbrochen, europäische Grundrechte eingeschränkt und die Wirtschaft in einen Stillstand versetzt. In der Pandemie war und ist sich zunächst jeder selbst der Nächste.

Der Ausstieg aus diesem auf Dauer unhaltbaren Zustand verläuft unkontrolliert, jedes Mitgliedsland fährt eine eigene Route. Was sich bereits in der Wirtschafts- und Flüchtlingskrise gezeigt hatte, zeigt sich nun auch in Zeiten der Corona-Pandemie. Der Krisenreflex der Staaten ist Unilateralismus statt Kooperation. Ein Paradoxon,

lässt sich doch gerade eine Pandemie kaum unilateral bewältigen.

## Zunehmender Föderalismus in der EU

Der Charakter der Europäischen Union als Staatenbund wird durch die aktuelle Situation verfestigt werden. Eine Europäische Union als Bundesstaat rückt damit in noch weitere Ferne, als dies ohnehin schon der Fall gewesen ist. Innerhalb der EU wird der Föderalismus weiter zunehmen. Geschieht dies unter der Verabschiedung eines gemeinsamen Konzeptes und der Intensivierung funktionaler Verzahnungen in Europa, ist ein verstärkter Föderalismus gerade in der aktuellen Krise jedoch durchaus funktional. Denn Corona hat gezeigt, dass die für eine Region sinnvollen Maßnahmen nicht zwingend auch für andere in gleichem Maße notwendig und hilfreich sind.

Wirft man einen Blick auf den internationalen Vergleich, zeigt sich, dass föderalistisch strukturierte Staaten wie Deutschland, Österreich und die Schweiz die Pandemie bisher relativ gut bewältigt haben. Zentralistische Staaten wie Großbritannien, Spanien und Frankreich hingegen hat die Corona-Welle deutlich stärker getroffen.

## Neue politische Prioritäten

Als die Europäische Kommission im Januar die Konferenz zur Zukunft Europas ankündigte, nannte sie insbesondere die Bewältigung des Klimawandels,

die soziale Gerechtigkeit und den digitalen Wandel als politische Prioritäten. Neben diese Punkte werden zukünftig, bedingt durch die aktuelle Situation, weitere inhaltliche Felder rücken, etwa die Einführung eines europäischen Gesundheitssystems, die Forderungen nach mehr technischer Souveränität und die Diskussionen um die Einführung neuer finanzieller Instrumente zur Bewältigung der Krise.

Nach der Pandemie wird die funktionale Zusammenarbeit im Sinne gesamteuropäischer Unabhängigkeit auf diversen Feldern nötiger werden denn je. Dies gilt im besonderen Sinne für den Gesundheitssektor, doch nicht allein für diesen. Die Verlagerung lebenswichtiger Produktionen, beispielsweise von Medikamenten, aus Europa in weit entfernte, kostengünstigere Regionen wie China oder Indien muss und wird rückgängig gemacht oder zumindest angepasst werden. Dabei wird es, wie schon bisher, einen Kompromiss zwischen EU-ökonomischen und koordinatorischen Notwendigkeiten auf der einen und nationalstaatlichen Interessen auf der anderen Seite geben. Im von der Europäischen Kommission vor kurzem vorgelegten Aufbauplan für die Zeit nach der Pandemie tauchen bereits viele der genannten Punkte auf.

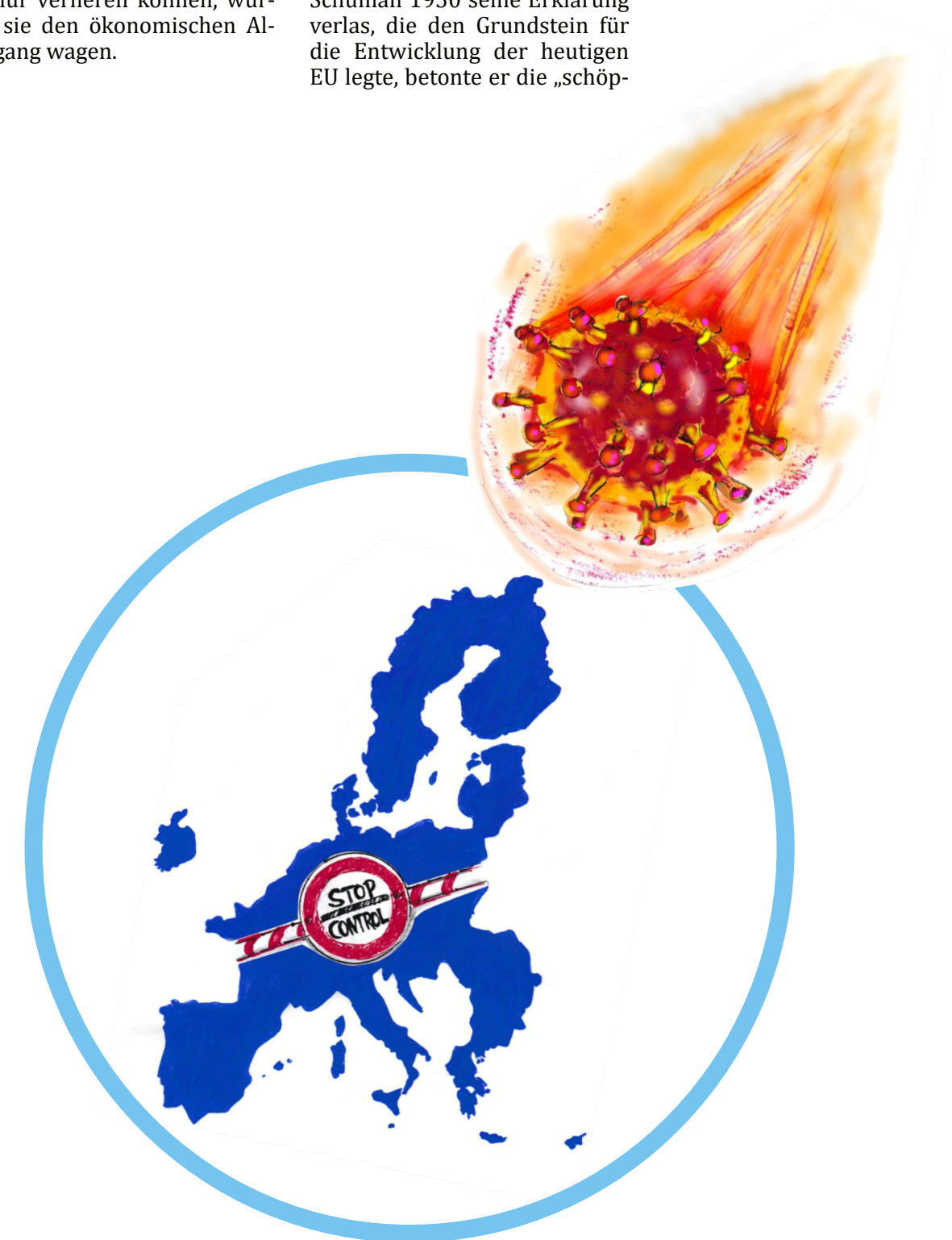
## Ein Ende der EU?

Ein Ende der Europäischen Union, welches in den letzten Wochen immer mal wieder diagnostiziert worden ist, wird

es durch die Corona-Krise nicht geben. Schon der wirtschaftliche Nutzen des gemeinsamen Marktes wird die Europäer\*innen zusammenhalten. Denn die Mitgliedsstaaten wissen, dass sie nur verlieren können, würden sie den ökonomischen Alleingang wagen.

Die große Bewährungsprobe der EU wird der Wiederaufbau nach der Pandemie werden. Mutiges Entscheiden und beherztes gemeinsames Handeln wird notwendig sein. Als Robert Schuman 1950 seine Erklärung verlas, die den Grundstein für die Entwicklung der heutigen EU legte, betonte er die „schöp-

ferischen Anstrengungen“, die notwendig seien. Heute, 70 Jahre später, sind es diese erneut, die die Europäische Union zur Bewältigung der Krise dringend benötigen wird.





# „Grundgesetz-Kommentar“ Ein neuer Verfassungspatriotismus?

Von **Tim Etienne Huyeng M.A.**

Wie ein Schutzschild vor den Körper gehalten, unterschrieben von den rechtesten der rechten Politiker oder fein säuberlich abgeschrieben auf Plakaten war es in den Nachrichten zu sehen – unser Grundgesetz. Eigenartig unkommentiert wurde diese neue Mobilmachung unserer doch sonst in ihrer blutleeren Erlebnisarmut eher stiefmütterlich behandelten Verfassung einfach unkritisch zur Kenntnis genommen. Aber was hier passiert ist ganz bemerkenswert: der Verfassungspatriotismus scheint einen völlig neuen Aufschwung zu erleben und die Verfassung wird dabei zum Mittelpunkt eines Gemeinschaftserlebnisses – böse Stimmen würden behaupten: eines Gemeinschaftsradikalismus. Die Hygienedemos und – nomen est omen – die „Grundrechtedemos“ positionieren das Cover des Grundgesetzes in den Fokus ihres Protests und entdeckten so das Symbol der Verfassung für Demonstrationszwecke. Ein Buch mit weißer Weste oder zumindest weißem Einband wird so plötzlich zum Streitfall.

Was wir jetzt erleben, ist eventuell keine Beschmutzung (man entkommt den Hygienemetaphern dieser Tage sowieso kaum noch), aber doch der Versuch einer bewussten Instrumentalisierung der zentralen Institution unseres Rechtsstaates im öffentlich-kommunikativen Prägeraum. Was normalerweise dazu genutzt wird, die Institutionenordnung zu verteidigen, wird nun zum Hebel gegen sie. Das zeigt, dass kein konservativ gepflegtes einheitliches Institutionensystem vorliegt, das organisch und „auto-poetisch“ arbeitet, sondern die

Moderne immer neue Interferenzen ins Spiel der Kräfte einbringt. Die Verfassung als Grundlage jedes Regierens wird somit derzeit zum Symbol Nummer Eins stilisiert, um gegen die Maßnahmen der Regierung zu demonstrieren. Einzig im republikanischen Verteidigungsmodus gegen staatliche Eingriffe in den USA wird diese deutsche Einmaligkeit ebenfalls zentral.

Immer wieder muss zur richtigen Einordnung betont werden, dass sich deutsche Rechtspopulisten, die bei den Demos *auch* anwesend waren, als Widerstandsbewegung rund um Symbole wie die weiße Rose, die Wirmer-Flagge und Staufenberg inszenieren. Mit dieser bewussten Parallelisierung des Widerstands gegen einen „Unrechtsstaat“ versuchen diese Gruppen sich gleichzeitig gegen Nazi-Vorwürfe zu immunisieren, wie aber auch altes nationales Geschichtsbewusstsein aufleben zu lassen. Die Verfassung kann als Zentralmotiv des Schlussteins bürgerlichen Widerstands gegen die Staatsdiktatur in diesen Kanon nahtlos eingebaut werden. Zu leicht wäre es an dieser Stelle, sich in den zynischen Sarkasmus des universitären Wissenschaftszentrums zurückzuziehen und über die „Verschwörungstheoretiker“ zu spotten, die doch sonst von der Deutschland-AG sprechen und die weise inszenierte Vorläufigkeit bei der Entstehung des Grundgesetzes dafür nutzen, die reine Existenz einer Verfassung in Frage zu stellen. Tatsächlich handelt es sich hier um die ganz bewusste Nutzung etablierter Institutionen zur Legitimierung von noch nicht etablierten Sozialbewegungen (s. Widerstand 2020).

Um die Vorgänge richtig zu deuten, müssen wir einen zweiten Umstand in die Betrachtung miteinbeziehen. Ganz generell gesprochen, verlieren nationale Institutionen zunehmend ihre Wirkmächtigkeit. Diese latente Erosionserfahrung wurde im EZB-Urteil des Bundesverfassungsgerichts manifest. Schnell war die Rede von einer Verfassungskrise, die nun Existenzfragen zu europäischen Institutionen stellt – Fragen, die zuvor nur in Sekundärdiskursen auftauchen konnten. Die Entkopplung der Alltagserfahrung von der politischen Realität und damit auch von dem demokratischen Gefühl der Zugänglichkeit politischer Entscheidungen erklärt die Wirkmächtigkeit des Symbols einer nationalen Verfassung, die nun vielleicht zu so etwas wie dem letzten bürgerlichen Strohalm nationalen Widerstands taugt. Die Verfassung kann als Anker in einer volatilen Gesellschaft inszeniert werden, weil es tatsächlich die Aufgabe einer Verfassung ist, das Institutionengefüge gegen die Stimmungsabhängigkeit der Gesellschaft zu immunisieren. Dass scheinbar noch nicht einmal eine Idee daran verschwendet wurde, mit europäischen Symbolen und Verträgen den Protest zu dekorieren, zeigt wie weit wir von einem europäischen Verfassungspatriotismus der mobilisierbaren Bevölkerung entfernt sind.

Das Grundgesetz ist im Angesicht des Zivilisationsabbruchs entstanden und wird heute im Angesicht der Hyperzivilisierung eines Hygienismus mit neuer Leidenschaft aufgegriffen. Wenn Habermas davon ausging, dass der Verfassungspatriotismus der einzige Patriotismus sei, der uns nicht vom Westen ent-

fremde, so ist eben dieser heute der letzte Widerstand gegen das vollständige Aufgehen im Westen. Mit Luhmann müsste man sagen, dass die Verfassung eines jener „ostacles épistémologique“ darstelle, die auf Grund vergangener Plausibilitäten die jetzt nötigen Einsichten blockieren.“ Die Verfassung ist in diesem Diskurs damit nicht mehr jener ungefährliche Bezugspunkt, der eben gerade wegen seines vorgegebenen semantischen Inhaltes (im Gegensatz zu Schädelformen, Flaggen und Hautfarben) die

Nutzbarmachung durch ideologische Propaganda ausschließt. Wenn zuvor die Verfassung jenen Rahmen vorgegeben hat, der dann den herrschaftsfreien Diskurs ermöglichen sollte, ist sie nun die fragwürdig gewordene Grenze auf dem Weg zu einem politischen Europa.

Was jetzt beobachtet werden kann, ist ein Ende des Verfassungspatriotismus in den europafreundlichen Eliten (man siehe nur die Kommentare zum EZB-Urteil) und in einigen lautstarken

Bevölkerungsgruppen ein neuer „Verfassungspluralismus“, der sich gut verträgt mit dem nicht mehr ganz neuen Schlagwort des Ethnopluralismus. Was sich vor unseren Augen abspielt, ist der Inbegriff einer Dialektik des Verfassungspatriotismus, sodass dieser bald als anti-europäisch beschuldigt werden könnte. Der Wille zur (nationalen!) Verfassung verliert seine Unschuld und wird zum erklärungswürdigen Dezisionismus.

## Steckbrief: Tim Etienne Huyeng M.A.

**Studium:** Zwei-Fach-Bachelor Psychologie / Soziologie (Koblenz und München), Master der Kulturwissenschaft (Koblenz und Cádiz)

**Dissertationsthema:** Die kroatische Staatskultur unter dem Einfluss der Europäischen Union

**Forschungsschwerpunkte:** Staatssoziologie, Institutionentheorie

**Lehrveranstaltungen:** Einführung in die Staatssoziologie

**Lieblingsort in Bonn:** Rheinpromenade





# Über Wertschätzung und das Spucken in der Bundesliga

Interview mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Detlev Pilger

Von Lara Ettl

Detlev Pilger (geb. 29. April 1955) ist seit 2013 für die SPD Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Er ist Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und sportpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Zudem ist Herr Pilger Mitglied der Parlamentarischen Linken. Sein Wahlkreis und sein Bürgerbüro befinden sich in Koblenz.

Das Interview führte Lara K. Ettl am 04.06.2020.

**Ettl:** Hallo Herr Pilger, in Ihrem Leitfaden zum Corona-Virus vom 30.03.2020 schreiben Sie: „Ich wurde in den letzten Tagen von sehr vielen unterschiedlichen Personen kontaktiert. Es ging um Kinderbetreuung, Unterstützung von Unternehmen, Fragen zur Miete und etliche Hilferufe zur Reiserückführung aus anderen Kontinenten. (...) Es sind tagtäglich unglaublich viele Anfragen, die größtenteils nicht einfach zu beantworten sind.“ Gab es Anfragen, die Sie besonders betroffen gemacht haben? Worum ging es dabei?

**Pilger:** Viele Anfragen haben mich sehr berührt. Es sind vor allem viele alte Menschen von der Coronakrise betroffen, die momentan wenig Kontakt haben können, die fragten, ob sie nicht auf eigenes Risiko Umgang mit zum Beispiel Familie und Freunden haben dürfen. Doch das geht in einer geschlossenen Einrichtung, wie in einem Seniorenheim leider nicht. Ebenfalls haben viele Alleinerziehende enorme Probleme, den Beruf und die Erziehung der Kinder unter einen Hut zu bringen. Auch die Schauspielbranche ist stark be-

troffen: die Einzelkünstler\*innen und Schausteller\*innen haben momentan quasi ein Berufsverbot.

**Ettl:** Wie konnten Sie diesen Menschen weiterhelfen?

**Pilger:** Ja das ist immer schwierig. Es hilft den Menschen nicht einfach nur zuzuhören. Die wollen Fakten hören und Taten sehen. Der Koalitionsausschuss der Bundesregierung hat diese Nacht (04.06.2020) über 30 Milliarden Euro an Unterstützung festgelegt. Damit ist die Bundesregierung weltweit beispielhaft dafür, wie man bei so einer Weltkrise halbwegs stabil arbeiten kann. Im Vergleich zu anderen weltweiten Wirtschaftsnationen wie in Amerika oder Italien ist Deutschland aufgrund der Hilfsmaßnahmen gut durch die Krise gekommen; was aber nicht heißt, dass es keine Härtefälle gibt.

**Ettl:** Sie schreiben weiterhin: „Eine Gruppe, die nun immer mehr in den Fokus gerät, ist die der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Lebensmittelläden und Drogeriemärkte. Ich habe es mir zur Angewohnheit gemacht, mich dort als aktiven Politiker erkennen zu geben und einfach kurz ‚Danke‘ zu sagen. Ein kleines Zeichen der Wertschätzung aus der Politik!“ Von vielen Menschen wird auch abends applaudiert, sie machen Musik und in den sog. „sozialen Medien“ wird den Ärzt\*innen und Krankenpflegenden gedankt. Glauben Sie, dass „Danke“ oder auch das Applaudieren und Klatschen für diese Menschen ausreicht?

**Pilger:** Nein, das reicht natürlich nicht! Die Würdigung eines Be-

rufes hängt auch immer mit der Bezahlung zusammen! Das eine ist die ideelle Bewertung: Es ist schön, dass die Menschen mit Klatschen, Musik etc. ein Signal gesetzt haben, aber das reicht nicht aus. Für relevante Pflegeberufe gibt es eine Einmalzahlung von 1500 Euro in Rheinland-Pfalz, aber das ist keine nachhaltige Lösung. Wir brauchen da eine deutliche Aufwertung und die Krankenkassen, die Tarifpartner und Verdi haben hier einen Handlungsauftrag. Bedeutend ist auch, dass im Pflegebereich und im Einzelhandel hauptsächlich Frauen arbeiten, die insgesamt von der Krise am meisten betroffen sind. Sie bekommen ein geringes Einkommen und haben später auch eine niedrige Rente.

**„Die Würdigung eines Berufes hängt auch immer mit der Bezahlung zusammen!“**

**Ettl:** Wie könnte eine höhere Wertschätzung dieser Berufe konkret aussehen?

**Pilger:** Eindeutig in einer höheren Einstufung in die Gehaltsklassen. Das Einkommen muss sukzessiv erhöht werden, damit sich das auch auf die späteren Renten der betroffenen Menschen auswirkt. Die Grundrente ist ein erster guter Schritt, aber sie stellt auch nur die Basisabsicherung dar. Man möchte im Alter auch noch einen gewissen Lebensstandard wahren.

**Ettl:** Wie verläuft die Arbeit in der Fraktion und den Ausschüssen jetzt „in Zeiten von Corona“?

**Pilger:** Es funktioniert mit den allgemeinen Abstandsregeln. Es wird ein Schlüssel nach der

Größe der Fraktion festgelegt, dementsprechend dürfen Abgeordnete an den Ausschüssen teilnehmen. Ansonsten verläuft vieles digital: über Telefon und Videokonferenzen. Das funktioniert alles ganz gut.

**Ettl:** Sie sind sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion. Auf Ihrer Internetseite schreiben Sie zum Thema Sport: „Der Sport verfügt über ein großes Integrationspotenzial. Er kann die gesellschaftliche Integration von Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen fördern. Er bietet einen Rahmen für Begegnungen jenseits aller gesellschaftlichen Unterschiede.“ Wie sehen Sie nun die Situation? Wie wirkt sich die Schließung vieler Sportvereine auf die Gesellschaft aus?

**Pilger:** Ja das ist ein großes Problem, wobei jetzt nach und nach der Sportbetrieb wieder losgeht. Es müssen eben gewisse Kriterien, wie die Abstandsregeln eingehalten werden. Aber nach Möglichkeiten, wenn es die Fallzahlen zulassen, sollte im September wieder der Regelbetrieb starten. Sport ist eine der wenigen noch vorhandenen gesellschaftlichen Klammern: Es zählt nicht die soziale Herkunft, sondern nur die Begeisterung für den Sport und die Gemeinschaft.

**Ettl:** Wie wirkt sich die lange Schließung von kulturellen Einrichtungen, Museen, etc. und vor allem Schulen für die Jugend und die Gesellschaft aus? Verschärft der Lockdown die soziale Spaltung?

**Pilger:** Ja, weil die sozialen Kontakte noch begrenzter sind. Die soziale Spaltung zeigt sich momentan vor allem im Bildungsbereich, wo sie ohnehin schon gegeben ist, weil die sozialen Voraussetzungen insgesamt sehr ungleich sind. Gut situierte Elternhäuser können natürlich den Kindern eine bessere Förderung bieten, als Kindern aus einer beispielsweise

Arbeitslosenfamilie. Ich bin davon überzeugt, dass die Schließung der Schulen die soziale Schere vergrößert.

**„Sport ist eine der wenigen noch vorhandenen gesellschaftlichen Klammern.“**

**Ettl:** Im Positionspapier der Deutschen Sportjugend heißt es, der Sportunterricht müsse wieder stattfinden. Die derzeitige Situation verstärke die ohnehin vorhandene Bewegungskrise bei Kindern und Jugendlichen. Der Unterricht insgesamt wird zwar langsam wieder gelockert, aber Sportunterricht findet zurzeit größtenteils immer noch nicht statt. Wie bewerten Sie das?

**Pilger:** Im Sportunterricht ist es insgesamt schwierig die Abstandsregeln einzuhalten. Auf einem großen Sportplatz wäre das durchaus möglich, aber man kann generell trotzdem nur begrenzt Unterricht machen. Es ist eine problematische Situation, weil immer mehr Kinder unter Unbeweglichkeit leiden und Probleme mit der Motorik haben. Auch hier sind die Kinder aus sozial schwächeren Familien stärker betroffen. Ich habe die Hoffnung, dass der Regelbetrieb nach den Sommerferien wieder möglich wird. Dafür müssen natürlich die Schulen und die Bildungsministerien überzeugende Konzepte ausarbeiten.

**Ettl:** Wie sehen Sie die Vorbildfunktion von Bundesligaspielern angesichts des Videos des Hertha BSC Spielers Salomon Kalou, in dem er alle seine Mitspieler abklatschte und die Hygieneregeln missachtete?

**Pilger:** Das war total unüberlegt. Wahrscheinlich hat der sich dabei noch nicht mal etwas gedacht. Gerade Fußballer haben eine sehr große Vorbildfunktion. Kalou hat sich entschuldigt, und er wurde vom Verein sanktioniert. Aber grundsätzlich ist das schwierig

den Jugendlichen zu vermitteln, dass die Bundesligaprofis wieder spielen können, aber die kleinen Vereine noch geschlossen sind.

**Ettl:** Die Bundesliga hat seit dem 16. Mai ihren Betrieb unter der Voraussetzung des strengen Hygiene-Konzeptes der DFL wieder aufgenommen. Was hat es mit dem Konzept auf sich und wie bewerten Sie dies?

**Pilger:** Vor dem Start der Bundesliga waren alle Spieler inklusive der Familien lange Zeit in Quarantäne und wurden danach auch getestet. Mit Beachtung der Hygienerichtlinien wurde der Regelbetrieb dann so organisiert, dass die Infektionsgefahr erheblich minimiert wurde. Außerdem dürfen auch keine Zuschauer\*innen im Stadion sein, sodass sich im gesamten Stadion nur ca. um die 300 Personen aufhalten. Kleinen Vereinen ist das natürlich nicht möglich, da die sich einen so hohen Hygieneaufwand nicht leisten können. Das kann man alles durchaus kritisch sehen, aber die Bundesligisten sind eben existenziell auf die Fernsehgelder angewiesen. Von daher wollte man den Spielbetrieb auch ohne Zuschauer\*innen wieder aufnehmen und das Experiment ist bis jetzt auch gut gelungen. Die Spieler werden permanent getestet und es sind jetzt seit Spielbeginn keine Infektionen aufgetreten.

**„Das Experiment ist gelungen.“**

**Ettl:** Werden die Fußballer bei der medizinischen Versorgung etwa bevorzugt? Brauchen wir diese Tests nicht mehr in Krankenhäusern oder Altenheimen?

**Pilger:** Nein diese Tests belasten nicht das bundesdeutsche Testsystem. Das kann nicht gegeneinander ausgespielt werden.





Es gab die Kritik, dass der Allgemeingesellschaft 50.000 Tests verloren gehen würden, aber die Tests sind von den Bundesligisten exklusiv dazu beordert worden und fallen nicht dem Gesamtbudget zur Last. Das ist kein Argument; das geht alles auf eigene Kosten und nicht auf Kosten des Gesundheitssystems.

Man kann das trotzdem kritisch sehen, weil es eine Exklusivstellung ist, aber alle anderen Sportarten haben nicht die Basis ihrer Wirtschaftlichkeit in den Fernsehgeldern.

**Ettl:** Auf der Internetseite der Sportschau steht zur Einhaltung der Sicherheitsmaßnahmen:

*„Beim Torjubel sollen Umarmungen oder Abklatschen unterlassen werden. Stattdessen sollen sich die Spieler nur kurz mit den Füßen oder dem Ellbogen berühren dürfen. Die Spieler wurden auch aufgefordert, nicht auf den Rasen zu spucken.“ Wie können im Sport die Sicherheitsmaßnahmen insgesamt eingehalten werden?*

**Pilger:** Das ist vielleicht gut gedacht, aber in der Praxis schwer lebbar. Ich bin selbst Fußballspieler. Der Jubel bricht bei den Spielern bei einem Tor einfach heraus, obwohl schon versucht wird nur den Ellenbogencheck zu gebrauchen und die generellen Sicherheitsmaßnahmen zu beachten. Wir hatten den Sportmediziner Prof. Wohlfahrt, der auch die Fußballnationalmannschaft betreut, im Sportausschuss zu Gast und der sagte, dass erst ab einem Kontakt von ca. 10 Sekunden das Virus übertragen wird. Das würde insgesamt die Lage sehr entspannen und stellt auch ein entlastendes Moment dar. Die größte Entlastung wäre natürlich ein Impfstoff, und da bin ich optimistisch angesichts der fortschreitenden Forschung in diesem Bereich.

**Ettl:** Laut Sportschau werden „In der Praxis alle Beteiligte am Tag vor einem Spiel oder am Spieltag selbst getestet.“ Was rechtfertigt so häufiges Testen?

**Pilger:** Die Bundesliga hat eine große Lobby – auch in der Politik. Auch weil der Fußball so einen breiten Niederschlag in der Bevölkerung findet. Die Gesellschaft ist aber gespalten. Das Hauptargument ist für mich, dass die Vereine große Wirtschaftsunternehmen und Arbeitgeber sind. Den Spielern muss auch die Möglichkeit geboten werden, dass sie ihr Gewerbe wieder ausüben können. Ja, die Lobby für den Fußball ist enorm.

**Ettl:** Warum hat Fußball im Vergleich zu anderen Sportarten eine so hohe Relevanz?

**Pilger:** Die professionellen Vereine im Eishockey, Frauenfußball, Handball etc., finanzieren sich hauptsächlich durch die Zuschauereinnahmen, während die Fußballbundesliga auch einen großen Teil ihrer Einnahmen durch Fernsehgelde bestreitet. Sie sind im Vergleich zur Bundesliga nicht schon als Wirtschaftsunternehmen zu kategorisieren. Kleine Vereine sind auch auf Sponsoring und Catering bei Veranstaltungen angewiesen, was momentan alles wegbricht und die Kosten wie Gehälterzahlungen, Mietenzahlungen laufen trotzdem weiter. Hier hat die Bundesregierung für kleine Vereine ein Paket geschnürt, sodass ihr finanzielles Überleben gesichert ist.

**Ettl:** Aktuell sind Proteste gegen Rassismus in Amerika, ausgelöst

*von der Tötung George Floyds durch Polizeigewalt verstärkt in den Medien. Viele Fußballspieler der Bundesliga haben sich mit den Protesten solidarisiert, obwohl politische Äußerungen in den Richtlinien der Bundesliga untersagt sind. Jetzt wird der DFB die Spieler für ihr Handeln aber nicht bestrafen. Sind also lediglich politische Äußerungen im Fußball erlaubt, wenn es für den DFB prestigeträchtig ist?*

**Pilger:** Der DFL und der Deutsche Olympische Sportbund sagen grundsätzlich, sie seien politisch neutral. Das stimmt natürlich nur bedingt. Es gibt aber zum Beispiel die internationale Initiative „NO TO RACISM“, die von vielen prominenten Fußballspieler unterstützt wird, sodass man sagen könnte, die Solidaritätsbekundungen sind eine Fort-

führung dieser Initiative. In den Stadien, unter den Spielern und in der Gesellschaft darf es keinen Rassismus geben. Man muss nur vorsichtig sein, dass jetzt nicht jeder politische Protest im Fußball zugelassen wird. Doch es ist kaum möglich Politik und Sport richtig zu trennen.

**„Sport ist auch ein Abbild der Gesellschaft.“**

Dementsprechend hat die Gesellschaft auch einen Auftrag Rassismus nicht zuzulassen. Ich finde, dass man letztlich bei Solidaritätsbekundungen immer pro Mensch argumentieren soll.

**Ettl:** Herr Pilger, vielen Dank für das Interview.



# Bonn ein sicherer Hafen?

## Mahnwachen und stiller Protest – Aktivismus in Zeiten einer Pandemie

Von **Lilian Sekkai**

Schlammige und verschmutzte Gassen, wenige Wasserzugänge und kaum Sanitäranlagen. Dicht aneinandergedrängte Menschen, die auf Lebensmittelausgaben warten, notdürftige Unterkünfte aus Planen und Zelten. Die Situation in den griechischen Lagern ist für viele Menschen nahezu unvorstellbar. Videos und Bilder verdeutlichen aber den Ernst der Lage dort. Aufnahmen der Plattform „Files from Moria“ gewähren erschütternd eindrucksvolle Einblicke in das Leben der Menschen in den Lagern. Dass besonders aufgrund der Corona Pandemie, ein dringliches Handeln gefordert wäre, ist unbestreitbar.



Auf der Insel Lesbos im Flüchtlingslager Moria, einem ehemaligen Militärgefängnis, welches für maximal 3000 Menschen konzipiert ist, leben laut NGOs wie Sea-Watch derzeit über 20 000 Geflüchtete. Nachdem am Samstag den 18. April 42 Kinder und fünf Jugendliche in Deutschland eingetroffen waren, wurde es, was das politische Handeln in Deutschland betrifft, wieder still.

Einzig Anfang Juni, wurde vom deutschen Bundesinnenministerium, grünes Licht für die Aufnahme, von aus seenotgeretteten Geflüchteten aus Malta und Italien gegeben. 80 Geflüchtete pro Land sollen Ende Juni oder im Juli von Deutschland aufgenommen werden, heißt es vom Innenministerium, wobei dies bis Anfang Juli noch nicht erfolgt.

### Hafen auf...?

Seit Juli 2018 fordert die Bewegung Seebrücke mehr Humanität für geflüchtete Menschen. Nachdem die Stadt Bonn bereits am 24. Juli 2018 durch einen offenen Brief des bonner Oberbürgermeisters Ashok Sridharan gemeinsam mit der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker und dem Düsseldorfer Oberbürgermeister Thomas Geisel mehr Solidarität für Geflüchtete gefordert hatte, kam es erst Ende September 2019 zum Ratsbeschluss und gefestigten Beitritt der Stadt Bonn zum Bündnis „Sichere Häfen“.

Wie mittlerweile 153 weitere deutsche Städte, erklärte sich Bonn damit dazu bereit, eine höhere Anzahl aus seenotgeretteter Geflüchteter aufzunehmen, als vom Bund eigentlich vorgesehen wäre. Bonn positioniert sich als sicherer Hafen, zumindest auf dem Papier. De facto, hat die Stadt Bonn bisweilen aber noch nichts geändert.

Anfang März, forderte ein überparteiliches Bündnis, aus sieben Oberbürgermeister\*innen (Köln, Düsseldorf, Potsdam, Hannover, Freiburg im Breisgau, Rottenburg am Neckar und Frankfurt an der Oder) sowie dem Innenminister Niedersachsens, Boris Pistorius, die Bundesregierung

erneut dazu auf, endlich die freiwillige Aufnahme von Flüchtlingskindern zu ermöglichen. Bonn war an diesem Appell trotz Protestaktionen von Sea-Eye und Seebrücke nicht beteiligt.

### Und jetzt...?

Anfang April hieß es, Bonn wolle zehn Flüchtlingskinder aus den griechischen Flüchtlingslagern aufnehmen. Nach Angaben des Presseamtes der Stadt Bonn, stehen 331 freie Plätze zur Verfügung, welche die Stadt für Geflüchtete oder Obdachlose eigentlich habe, derzeit aber nicht nutze. Durch Protestaktionen, welche nun seit mehreren Monaten andauern, fordern Demonstrant\*innen die Lager zu räumen und den geflüchteten Menschen die Chance auf ein sicheres Leben zu geben. Besonders die Situation der Corona Pandemie und die damit einhergehenden verstärkten Gefahren in den Flüchtlingslagern sind katastrophal. Die eingeschränkten Möglichkeiten des Protests aufgrund der Ausgangsbeschränkungen zwingen die Bürger\*innen zu Kreativität. Neue Formen, von stillem, aber nachhaltigen Protest bilden sich heraus.

### Was tun...?

Mit Schriftzügen und Plakaten wie „Solidarität für alle“, „Grenzen auf“ oder „#leavenoonebehind“ versuchen die Aktivist\*innen in Bonn Signale zu setzen, die für Aufmerksamkeit sorgen.

Am Samstag den 25. April kam es zu einer weiteren, sehr kreativen Protestaktion. Um die Ausgangsbeschränkungen nicht zu verletzen, trotzdem aber Aktivismus zeigen zu können, legten die Teilnehmenden unter Einhaltung der Infektionsschutzregeln

auf der Hofgartenwiese mit Fahrrädern den Schriftzug



„Evacuate Moria“ („Evakuiert Moria“). Nachdem bereits die Seebrücke Köln in einer Videobotschaft mit prominenten Persönlichkeiten aus Köln an seine Oberbürgermeisterin appelliert hatte, Geflüchtete aufzunehmen, veröffentlichte am 6. Juni auch die Bonner Seebrücke eine solche Bitte an Oberbürgermeister Sridharan.

Seit Februar, gab es bis zum Beginn der Corona Maßnahmen jeden Mittwoch eine Mahnwache von Sea-Eye und Seebrücke, um auf die Situation der griechischen Lager aufmerksam zu machen.

Eine Dauermahnwache von Samstag den 24. Mai bis Freitag den 05. Juni, bei der die Menschenrechtsverteidiger\*innen für knapp 14 Tage 24 Stunden am Marktplatz in Bonn campierten, „konnte noch einmal Aufmerksamkeit auf das Thema der Situation in den griechischen Lagern lenken“, wie Kai Echelmeyer, Ehrenamts- und Mitgliedskoordinator der See-

brücke sowie Freiwilliger bei Sea-Eye erklärt. Organisiert hatte die Mahnwache das Bonner Aktionsbündnis für grenzenlose Solidarität, welches sich aus verschiedenen Gruppen wie der Seebrücke, Sea-Eye, und Ende Gelände zusammensetzt.

Mit den Lockerungen der Coronabeschränkungen fanden ab Anfang Juni kleinere Demonstrationen unter strenger Befolgung der Hygienevorschriften statt. Auch die wöchentlichen Mahnwachen konnten wieder aufgenommen werden. „Natürlich ist es schon deutlich mehr Aufwand für weniger Leute, die Auflagen sind lange, aber die Polizeibehörde war bislang zum Glück sehr kooperativ“, so Eckelmeyer.

### Solidarität für alle...?

Während das von der Seebrücke initiierte Städtebündnis „Sicherer Häfen“ sich für die Aufnahme aus seenotgeretteter Menschen einsetzt, fordert das Bonner „Bündnis für Solidarität“ vor allem auch die Aufnahme Geflüchteter aus den griechischen Lagern. Für die Seebrücke, stehen neben den zwei wichtigen Schwerpunkten der Camp Evakuierung und der Entkriminalisierung von Seenotrettung auch vor allem die Bekämpfung der Fluchtursachen im Mittelpunkt. „Wir fordern, dass es auch eine staatliche Seenotrettung der EU geben muss, die mit Kapazitäten der EU weitaus effektiver Menschenle-

ben retten könnte als wir NGOs, politisches Handeln, um Fluchtursachen entgegen zu wirken wäre hier super wichtig“, so Kai Eckelmeyer.

Von Anfang Mai bis Ende Juni wurde die Alan Kurdi, das Rettungsschiff der NGO Sea-Eye in Italien festgehalten, weshalb Sea-Eye die Befreiung und damit einhergehenden Möglichkeit „wieder auslaufen und Menschenleben retten zu können“ fokussiert hatte.

Die Stadt Bonn als sicherer Hafen, scheint bislang eher fiktiv, als eine faktisch umgesetzte Tatsache. „Das ist schon ziemlich enttäuschend, klar konnte aufgrund von Corona längere Zeit nicht wirklich gearbeitet werden, aber der Rat tagt nun auch wieder mit mehr Personen und Corona sollte nicht als eine Ausrede verwendet werden“, meint Kai Eckelmeyer.

Da aber in diesem Jahr Kommunalwahlen in Bonn sein werden, können die Aktivist\*innen vielleicht doch noch damit rechnen, dass Bonn als ein „sicherer Hafen“ nicht mehr nur auf dem Papier existiert.

„Zunächst wird es zu weiteren Mahnwachen oder Kreideaktionen kommen, wobei sicher auch weitere Aktionen geplant werden“, heißt es von den Menschenrechtler\*innen.





# Eine Pandemie, viele Strategien

## Verschiedene Maßnahmen in der Krise

Von **Tamam Aljbaee**

Scott Morrison, der australische Premierminister kündigte am 27.02.20 die Aktivierung eines Notfallplans an, um den Ausbruch des Coronavirus zu beschränken. Ein solcher Plan wird in der Regel erst aufgesetzt, wenn die WHO eine Pandemie erklärt; diese Erklärung fand erst zwei Wochen später statt.

### Eine Strategie aus dem Pazifik

Der Plan schloss ein Einreiseverbot für die Internationalen an, die innerhalb der vierzehn vorherigen Tagen in China gewesen sind. Mit der frühen Ankurbelung des Notstandplanes konnten der Staat und die Bundesstaaten eng zusammenarbeiten, um die Verfügbarkeit von Ärzt\*innen und medizinischem Schutzzubehör zu sichern, sowie um dem Gesundheitssystem die für solche Ausbrüche nötige Vorbereitungszeit zu ermöglichen. Die Regierung Australiens förderte das Gesundheitssystem mit 2,4 Billionen AUD, damit deren Kapazität verstärkt werden konnte, um die mit COVID-19 Erkrankten zu erkennen, zu diagnostizieren und heilen zu können, sowie die Ausbreitung in der Gesellschaft zu verhindern.

Dieser Plan, sollte den Gesundheitssektor durch den aktuellen Ausbruch führen und als ein lebendiger, sowie entwickelbarer Plan dienen. Er basierte auf der AHMPPI (Australian Health Management Plan for Pandemic Influenza). Mit der Recherche zu ähnlichen Krankheiten strebte die medizinische Instruktionen ein besseres Verständnis von Covid-19 und deren Verbreitungs-

merkmale innerhalb von Australien an.

Aus zwei Reaktionsphasen besteht der Plan, mit „Action“ wurde die erste bezeichnet, deren Anfangsziele die Beschränkung der Verbreitung; die Erkennung und Unterstützung der frühere Patient\*innen und deren Kontakten sowie die Förderung des Gesundheitssektors und der Gesellschaft enthält, damit mit den Gefahren und Risiken effektiv umgegangen werden kann.

Nachdem hinreichende Kenntnisse über die Krankheit und das Virus zu Verfügung stehen, sollten gezielte Maßnahmen durchgeführt werden; dazu gehört, dass eine angemessene Reaktion stattfinden gelassen wird und die Versorgung hochwertiger Pflege versichert wird. Als die WHO den Coronasausbruch zu einer Pandemie erklärte, ging Australien in die zweite Phase „Standdown“ über, damit nicht priorisierte Aktivitäten allmählich erlöschen sollten, um einen potenziellen zweiten Ausbruch zu kontrollieren und die Gesellschaft auf einen Phasenausgangsplan vorzubereiten.

### Coronaausbruch bekämpfen ohne wirtschaftliche Schaden

Während Australien die Rolle klarer Kommunikation anerkannt hatte, stand er schwitzend an der Tribüne, wischte seinen Schweiß ab, hustete und untertrieb die Gefahr des Coronavirus und beschrieb er die in China und Italien geführte Quarantäne als eine mittelalterliche Methode zur Bekämpfung einer Pandemie vor seiner Nation; am nächsten Tag teilte er, der iranische Stell-

vertreter des Gesundheitsministeriums Iraj Harichi, seine COVID-19 Erkrankung mit. Die Pandemiepolitik der iranischen Regierung ist von Unklarheit und wenige Gewissenhaftigkeit geprägt. Die erste offizielle Ankündigungen zum Coronavirus berichteten den Tod zwei Erkrankten in der Stadt Quam

Die Behörden berichteten zum ersten Mal von Ausbruch im Iran mit der Erklärung des Tods zwei Erkrankten in der Stadt von Quam, Kritiker\*innen schlugen die Angst vor niedriger Teilnahme an den legislativen Wahlen am 21.02.2020 als Grund fürs Stillschweigen über die Verbreitung des Virus vor. Obwohl die Bürger\*innen die offiziellen Zahlen an Infizierten der Regierung bezweifeln, fürchten sie in der aktuellen wirtschaftlichen Lage ihre Familien nicht ernähren zu können. Außer für eine Woche nach dem Nowruzfest, führte die Regierung keinen Lockdown aus Angst vor Weiterschädigung der Wirtschaft. Die Wirtschaft Irans verschlimmerte sich seit der Wiedereinführung der US-Sanktionen, die auch gleichzeitig den Import medizinischer Güter erschwert, wenschon die medizinischen und humanitären Güter von den Sanktionen ausgenommen sind, behindern die Sanktionen tatsächlich die Fähigkeit Irans bei der Durchführung internationaler Transaktionen dadurch, dass die Zahlreiche vorgelegene bürokratische Hürden und Voraussetzung die Pharmahersteller vom Handel mit dem Iran abstoßen.

Das von den USA, dem Iran und der Schweiz entwickelte Sint Hospitality and Trade Associati-

on (SHTA) sollte den Iraner\*innen den Import der benötigten essenziellen Waren ermöglichen, es bleibt allerdings seit der Probetransaktion Ende Januar unverwendet. Trotz der kritischen Situation widerrief der Gesundheitsministerium außerdem am 24.03 eine MSF-Intervention, die die CORONA-IPS-Kapazität Irans zu verstärken zielte.

### Lessons für die Zukunft

Schließlich wäre es sinnvoll zu betrachten, welche Vorgehen zur Eindämmung der Pandemie sich bewährt haben.

*Schnelle Reaktionen* könnten einen Pandemieabbruch unter Kontrolle bringen, zeigt uns der Taiwanische Fall. Am selben Tag, als die Entdeckung der neuen Lungenentzündung, untersuchte Taiwan alle aus Hubei kommenden Reisenden, die später jedoch monitiert wurden.

*Zu tun, was möglich ist* könnte zahlreiche Leben retten. Bisher ist unser Wissen über das Virus gering, trotzdem scheinen viele verwendete Strategien effektiv zu sein.

*Vertrauen in den Staat:* Kollektive Aktionen könnten besonders erfolgen, wenn die Bürger\*innen sich gegenseitig und in den Staat vertrauen. Jacinda Ardern schafft Vertrauen in den Staat durch effektive Kommunikation, die Staatschefin kommuniziert mit den Bürger\*innen mit einem guten Verhältnis von Führung, Mitteilung und Einfühlung.





# WH-On oder WH-Off?

Die WHO unter dem Radar - ein Kommentar

Von **Cristina Psenner**

„Laut WHO...“ ist ein oft zitierter Satz in den Medien. In Sachen Gesundheitsfragen aber auch in der Krankheitsforschung ist die „World Health Organization“ eine weltweite Anlaufstelle. Die 1948 gegründete Organisation nimmt besonders das Wort „World“ in ihrem Namen sehr ernst. Ihr Ziel ist es, allen Menschen auf der Welt das bestmögliche Gesundheitsniveau zu gewährleisten. Auf ihrer offiziellen Seite fällt einem ein Leitsatz ins Auge in dem es heißt „Unser Handeln und unsere Empfehlungen sind unabhängig, unsere Entscheidungen fair, transparent und zeitgerecht.“ Wer in den letzten Monaten die Nachrichten verfolgt hat, wird diese Grundsätze jedoch zu Recht in Frage stellen. Die Marginalisierung des Freistaats Taiwans in einem Skype-Interview und WHO-Chef Ghebreyesus, der Lobeshymnen auf China singt, lassen uns fragen: Wie abhängig ist diese Organisation von Großmächten und wie wirkt sich das auf uns alle aus?

## Es ist 5 vor 12

Die ersten Corona Fälle gab es nach heutigen Erkenntnissen wesentlich früher als bisher angenommen und auch die WHO wusste seit dem 31. Dezember vom Gefahrenpotential des neuartigen Virus. Ein Grund zum Handeln...oder doch nicht? Im Jahr 2009 war die WHO gerügt worden, die Schweinegrippe unbegründet als Pandemie eingestuft und damit die Pharmaindustrie unterstützt zu haben. Möglicherweise ein Grund, bei Corona vorsichtiger zu sein. Bereits Anfang Dezem-

ber war die chinesische Regierung durch Ärzt\*innen von der schnellen Übertragbarkeit des Virus informiert worden, trotzdem wurde das Virus lange als geringes Risiko eingestuft. Traurigstes Beispiel ist das des Arztes Li Wenliang, der in sozialen Medien vor der wahren Gefahr durch das Virus warnte und zusammen mit anderen von der chinesischen Polizei zur Revidierung seiner Aussage gezwungen wurde. Wenliang starb am 5. Februar an Covid-19. Die WHO meldete anschließend, dass Untersuchungen der chinesischen Behörden keine eindeutigen Hinweise auf eine Mensch-zu-Mensch-Übertragung ergeben haben.

## Ghebreyesus Vergangenheit

Dass die WHO jetzt die Hilfe und Erfahrung der chinesischen Ärzte dankbar annimmt ist nicht verwerflich. Zusammenhalt ist in diesen Zeiten deutlich wichtiger, als die Ausgrenzung eines Staates wegen Fehlverhalten. Es ist aber auch nicht dieser Punkt, der bei vielen Menschen gerade Unverständnis und Empörung hervorruft. Sondern die Lobhymnen, die der WHO Chef auf China singt, trotz bekanntem Vertuschungsversuch. In Interviews gibt er bekannt, wie beeindruckend es ist, „Wie China den Ausbruch entdeckt, den Virus isoliert, das Genom entschlüsselt und das alles mit der Welt und der WHO geteilt hat.“ Chinas Transparenz sei lobenswert, so der WHO-Chef. Eine etwas dünne Grundlage, wenn man bedenkt, dass die Expert\*innen der WHO das Virus erst Mitte Februar untersuchen durften. Vorher

ließ China kein ausländisches Team in die Gegend um Wuhan. Warum also Ghebreyesus Liebeserklärung an China? ZDF Reporter fanden heraus, dass er seine Wahl als WHO Chef zu großen Teilen einer Werbetrommelaktion Jinpings zu verdanken habe. In seiner früheren Laufbahn gab es drei Cholera-Epidemien im Land, die er als „wässrigen Durchfall“ herunterspielte. Äthiopien selbst ist hoch verschuldet und China sein wichtigsten Gläubiger. Laut „The Afrika Report“ betragen die Schulden an China rund 30 Prozent des äthiopischen Bruttoinlandsproduktes.

## Warum Taiwan nicht mit am Tisch sitzen darf

Ein Video-Interview zwischen einer Hongkonger Journalistin und dem Senior WHO Berater Bruce Aylward ist viral gegangen. Der ehemalige Arzt wird befragt, wie sich Taiwan seiner Meinung nach im Corona Kampf geschlagen hat. Aylward legt zunächst wegen „technischen Störungen“ auf und antwortet beim zweiten Anlauf dann „We’ve already talked about China. When you look across all the different areas of china they’ve actually all done quite a good job.“ und legt dann auf. Warum wird Taiwan jetzt wieder zum Streitpunkt?

Die Insel vor China wurde nach dem zweiten Weltkrieg an die Volksrepublik „übergeben“, stellt sich persönlich aber bis heute gegen diese Machtübernahme. Für China ist Taiwan daher eine abtrünnige Provinz, die es notfalls mit Zwang der Pekinger Re-

gierung unterzuordnen gilt. Auch andere Staaten sind dazu angehalten, Taiwan nicht als Freistaat zu betrachten. Die United Nations Organization sehen Taiwan schon seit 1976 nicht mehr als Mitgliedsstaat an und schlossen es 2017 auch von den jährlichen WHO Hauptversammlungen aus. Auch Deutschland und viele weitere Staaten haben die Beziehungen zu Taiwan abgebrochen. Es ist also nicht direkt die WHO, die Taiwan die kalte Schulter zeigte. Doch warum wurde Taiwan in der Krise ausgeschlossen? Der demokratische Staat hatte bereits im Dezember auf jene chinesischen Ärzt\*innen reagiert, die vor der Mensch zu Mensch Übertragung warnten. Dadurch hatte Taiwan einen Vorsprung von drei Wochen und konnte die Ausbreitung des Virus schnell eindämmen. Diese Information teilte Taiwan erfolglos mit der WHO, die erst auf die Meldungen Chinas am 20. Januar reagierte. Eine ziemlich fragwürdige Aktion für eine Behörde, die das Wort „unabhängig“ im Leitsatz trägt.

## Sollten wir die WHO überhaupt unterstützen?

Dass eine weltweite Gesundheitsbehörde auf Grund von Abhängigkeiten falsche oder zu späte Warnhinweise gibt, ist Grund zur Besorgnis. Man fragt sich schon, in wieweit die WHO wirklich noch für ihre eigenen Ziele kämpft.

Trump jedenfalls sieht eine China-Sympathie der WHO als Gefahr und beendete die Zusammenarbeit. Da die USA größter Geldgeber der WHO sind, fehlen ihr zukünftig enorme Einnahmen. Ein fataler Fehler sagen Kritiker\*innen, denn ohne diese Gelder wird die Organisation nur noch abhängiger von anderen Ländern und damit wird die Lage nicht besser. Ein Beispiel zeigt das Szenario im Jahr 2018, als sich die USA aus Protest vom UN-Menschenrechtsrat zurückzogen. Daraufhin trat China trotz massiver Menschenrechtsvorwürfe in den Rat ein. Da sich die WHO zu 80% aus teils zweckgebunde-

nen Spenden finanziert, wird sie durch den Rücktritt der USA nur noch anfälliger für Machtmissbräuche.

Ein ebenso wichtiges Argument bringt Deutschlands Außenminister Heiko Maas an. Die WHO koordiniert und organisiert globale Gesundheitsprogramme, vor allem in ärmeren Ländern. Streichen wir die Hilfen für die WHO, streichen wie deren Aussichten auf eine Zukunft. Wir sollten also nicht aus den Augen lassen, dass die WHO auch viele Lebensretter\*innen beschäftigt, die von keiner Diktatur abhängig sind, außer ihrem eigenen Willen zu helfen, wo Hilfe gebraucht wird. Kritiker\*innen sind sich daher einig: Statt die WHO abzuwürgen sollte man ihr eine lautere Stimme geben. Derzeit wird auch über eine Überarbeitung des Finanzierungsprinzips der WHO nachgedacht. Wie sich das auf die WHO und die Welt auswirkt, wird sich zeigen.



## 12. Juni 2020

### Welttag gegen Kinderarbeit

Von **Anna-Lena Kramer**

Am 12. Juni ist Welttag gegen Kinderarbeit. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO definiert Kinderarbeit als Arbeiten, für die Kinder zu jung sind oder die gefährlich oder ausbeuterisch sind, die körperliche oder seelische Entwicklung schädigen oder die Kinder vom Schulbesuch abhalten. Sie beraubt Kinder ihrer Kindheit. Davon werden die schlimmsten Formen von Kinderarbeit unterschieden: Sklaverei und sklavenähnliche Abhängigkeiten, Zwangsarbeit einschließlich des Einsatzes von Kindersoldat\*innen, Kinderprostitution und Kinderpornographie, kriminelle Tätigkeiten wie den Missbrauch von Kindern als Drogenkurier\*innen sowie andere Formen der Arbeit, die die Sicherheit und Gesundheit der Kinder gefährden können.

Laut dem Bericht der ILO von 2017 waren 2016 152 Millionen Kinder unter 18 Jahren in Kinderarbeit. Mehr als die Hälfte von ihnen Jungen, etwa 58%. Hier ist jedoch zu beachten, dass Arbeiten im Haushalt hier nicht in die Statistik zählen. Diese werden häufiger von Mädchen und können sie je nach Ausmaß, ebenfalls von der Schule abhalten. Der größte Sektor, in dem Kinder arbeiten müssen ist mit 70,9% die Landwirtschaft, es folgen der Dienstleistungsbereich und die Industrie. Neben dem Risiko von Arbeitsunfällen, besonders in gefährlichen Bereichen und psychischen Belastungen, vor allem in den schlimmsten Formen der Kinderarbeit, sind mangelnde Freizeit zur freien Entfaltung und vor allem fehlende Bildung ein großes Problem. Ohne ausreichende Bildung gelingt es vielen Kin-

dern später nicht, eine Berufsausbildung zu machen, besser zu verdienen und den sozialen Aufstieg zu schaffen.

Neben den UN-Kinderrechtskonvention ist die deutsche Bundesregierung seit 1992 auch Teil des IPEC "International Programme on the Elimination of Child Labour" der ILO. Dieses hat die Eliminierung von Kinderarbeit weltweit, vor allem der schlimmsten Formen, zum Ziel. Außerdem gibt es seit 2017 die ILO-Initiative Allianz 8.7, die die Umsetzung des Sustainable Development Goals zur Beseitigung von Zwangsarbeit, moderner Sklaverei und Menschenhandel vorantreibt. Für die Anstrengungen gegen Kinderarbeit ist hauptsächlich das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verantwortlich, das mit seiner Entwicklungszusammenarbeit auch gegen Armut und Ungleichheit vorgehen möchte, die als Ursachen für Kinderarbeit gesehen werden.

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller, CSU, sprach sich anlässlich des Tages erneut für ein Lieferkettengesetz aus, das Unternehmen zu fairen Arbeitsbedingungen in allen Arbeitsschritten verpflichtet und auch Kinderarbeit ausschließt. Dieses Gesetz wird seit längerem von zivilgesellschaftlichen Initiativen eingefordert, nachdem immer wieder Uneinigkeit in der Regierung berichtet wurde, soll das Gesetz jetzt Teil der EU-Ratspräsidentschaft dieses Jahr werden.

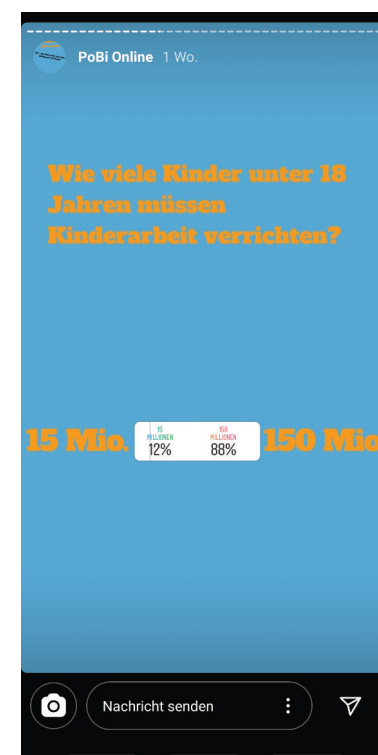
Angesichts der Verschärfung der globalen sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten durch die Corona-Pandemie scheint der langsame Erfolg der

letzten Jahrzehnte im Kampf gegen Kinderarbeit in Gefahr, es gilt daher nachhaltige Lösungen zu finden.

#### Literatur:

International Labour Office (ILO) 2017: Global estimates of child labour: Results and trends, 2012-2016, Geneva, [https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@dgreports/@dcomm/documents/publication/wcms\\_575499.pdf](https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@dgreports/@dcomm/documents/publication/wcms_575499.pdf), abgerufen 15.06.2020

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2020: Entwicklungsminister macht Rechte der Kinder in der Welt zu einem Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft, <http://www.bmz.de/20200612-1>, abgerufen 15.06.2020



## 19. Juni 2020

### Tag zur Beseitigung sexueller Gewalt in Konflikten

Von **Donika Aliu und Emily Krüger**

Am 19. Juni ist der internationale Tag zur Beseitigung sexueller Gewalt in Konflikten. Er wurde am 19. Juni 2015 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen ausgerufen und erinnert an die Verabschiedung der Sicherheitsrats-Resolution 1820 vom 19. Juni 2008. In dieser verurteilt der Sicherheitsrat sexuelle Gewalt als Kriegstaktik und Hindernis für Friedensförderung. Die Vereinten Nationen definieren "konfliktverbundene sexuelle Gewalt" als:

**"Vergewaltigung, sexuelle Versklavung, Zwangsprostitution, erzwungene Schwangerschaften, Zwangsterilisation, angeordnete Schwangerschaftsabbrüche, Zwangshochzeiten und jede Form von sexueller Gewalt gegen Frauen, Männer, Mädchen und Jungen, die direkt oder indirekt (zeitlich, geographisch oder kausal) mit einem Konflikt verbunden sind".**

Konfliktbezogene sexuelle Gewalt richtet sich überwiegend gegen Zivilist\*innen, vor allem Frauen und Mädchen, und wird sowohl von staatlichen Militärangehörigen als auch nicht staatlich organisierten Gruppen eingesetzt. Da es sich um ein bewusst ausgewähltes Mittel zur Kriegsführung handelt, stuft der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sexuelle Gewalt als Verbrechen ein, das ein Kriegsverbrechen, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Teil eines Völkermords darstellen kann.

Da die Opfer sich selten medizinische Hilfe suchen oder die Tat strafrechtlich verfolgen lassen, sind genaue Fallzahlen nicht bekannt. Historisch gesehen handelt es sich bei dieser Form von Gewalt jedoch nicht um neuzeitliches Phänomen: Schon im zweiten Weltkrieg wurde sexuelle Gewalt als Kriegsmittel eingesetzt. Ausschlaggebend für die intensive Beschäftigung mit dem Thema in den Vereinten Nationen waren die vorsätzlich eingesetzten Vergewaltigungen in den Kriegen in Bosnien und Herzegowina, Ruanda und Kongo.

Ziel des Aktionstages ist es, ein Bewusstsein für die Notwendigkeit zu schaffen, konfliktbezogene sexuelle Gewalt zu beenden und die Opfer und Überlebenden sexueller Gewalt weltweit anzuerkennen. Zudem sollen auch diejenigen gewürdigt werden, die sich oft unter

Einsatz ihres Lebens für die Beseitigung dieser Verbrechen einsetzen.

In den sozialen Medien wird das Thema unter dem hashtag #endrapeinwar. Zusätzliche Informationen zu dem Thema findet ihr außerdem auf den Websites der Vereinten Nationen.

#### Quellen:

<https://www.un.org/en/observances/end-sexual-violence-in-conflict-day>  
<https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/270944/welttag-zur-beseitigung-sexueller-gewalt-in-konflikten>





# 01. Juli 2020

## Aktionstag gegen Antimuslimischen Rassismus

Von **Kyra Sukop**

Zu den Feier- und Gedenktagen der Migrationsgesellschaft, die wir vom Referat Politische Bildung vorgestellt haben, zählt ebenfalls der 1. Juli als Tag gegen antimuslimischen Rassismus.

Yasemin Shooman, Wissenschaftliche Geschäftsführerin des DeZIM (Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung), definiert antimuslimischen Rassismus durch eine Ethnisierung der Kategorie Muslime und Muslimas.

Es handelt sich hierbei, wie bei anderen Formen von Rassismus und struktureller Diskriminierung, nicht um eine selbst eingenommene, freiwillig gewählte Positionierung oder Identität.

Betroffene werden stattdessen mit kollektiven Zuschreibungen versehen und in Opposition zur

„eigenen“ Gruppe verortet (Othering).

Antimuslimischer Rassismus muss hierbei konsequenterweise vom Islam entkoppelt werden, da ebenfalls Menschen, die sich nicht als Muslime oder Muslimas verstehen, von den kollektiven Zuschreibungen betroffen sind.

Die pauschalisierende Zuschreibung von kulturalisierten Lebensentwürfe geschieht hierbei aufgrund religiöser und nicht-religiöser Merkmale.

Bundesweit gibt es viele Institutionen, die sich hier um antirassistische Aufklärung bemühen. Hierzu gehören unter anderem, das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in NRW (IDA NRW), die Opferberatung Rheinland oder auch Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.

Eine weitere Plattform für den interreligiösen Austausch zwischen Muslimen, Muslimas, Nicht-Muslimen und Nicht-Muslimas von 17-25 Jahren bietet die Junge Islam Konferenz an, die ihren Sitz in Berlin hat. Wir konnten mit deren Vorsitzenden Dr. Asmaa Soliman sprechen und haben uns mit ihr über antimuslimische Ressentiments in Deutschland und über die Arbeit des Netzwerks unterhalten.

*Shooman, Yasemin (2011): Islamophobie, antimuslimischer Rassismus oder Muslimfeindlichkeit? Kommentar zur Begriffsdebatte der deutschen Islamkonferenz*

[www.migration-boell.de](http://www.migration-boell.de)

(Zugriff: 30.06.2020, 23:52 Uhr).

**Bundesweit**

engagieren sich viele Vereine und gesellschaftliche Initiativen gegen antirassistischen Rassismus, in NRW sind das z.B.:

**IDA NRW:** <https://www.ida-nrw.de>

**Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.**  
<https://www.oegg.de>

**Opferberatung Rheinland:**  
<https://www.opferberatung-rheinland.de/beratung/>

**und noch viele weitere!!!**

**Dazu gehört auch die Junge Islamkonferenz**

<https://www.junge-islam-konferenz.de/ueber-uns/>

@JUNGEISLAMKONFERENZ

**Wir sprechen morgen mit deren Vorsitzenden Dr. Asmaa Soliman über antimuslimische Ressentiments in Deutschland**

**Sobald das Interview online ist, werden wir es auf unserer Website hochladen und euch hier informieren**

# 17. Mai 2020

## Der internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie

Von **Nik Hemmer**

Am 17.5. ist der internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie. An diesem Tag soll auf die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Identität aufmerksam gemacht werden.

Der 17.5. hat daher zwei symbolische Bedeutungen: Am 17. Mai 1990 strich die WHO Homosexualität aus der Liste der Erkrankungen. Außerdem standen homosexuelle Handlungen von Männern in Deutschland seit 1872 nach § 175 Strafgesetzbuch unter Strafe. In der Bundesrepublik wurde der 17.5. deshalb schon vorher spöttisch als "Feiertag der Schwulen" bezeichnet.

Unter dem Nationalsozialismus drohten Verurteilten bis zu fünf, in einigen Fällen bis zu zehn

Jahre Gefängnis. An dieser Form des Artikels hielt die Bundesrepublik auch nach Kriegsende vorerst fest und änderte ihn erst 20 Jahre später so, dass nur noch das Schutzalter für homosexuelle Handlungen bei 18 lag, im Gegensatz zu 14 Jahren bei heterosexuellen und lesbischen Handlungen.

Doch auch, wenn Homo-, Bi-, Inter- und Transsexuelle heute nicht mehr als Kranke oder als Straftäter\*innen gelten ist der Tag und die damit verbundene Aufmerksamkeit für die LGBTIQ\*-Community wichtig.

So zeigt eine kürzlich von der EU Agentur für Grundrechte (FRA) veröffentlichte Studie, dass fast zwei Drittel der befragten LGBTIQ\*-Personen zwischen 2012 und 2019

Belästigungen erlebt haben und nur 41% der queeren Jugendlichen offen in der Schule darüber reden.

Auf das für heterosexuelle Paare so selbstverständliche "Händchenhalten" in der Öffentlichkeit, verzichten nach der Studie sogar 6 von 10 Befragten.

Die Studie zeigt, auch heute ist Diskriminierung aufgrund von Sexualität und sexueller Identität präsent und tägliche Realität für Betroffene. Gerade deshalb kann ein Tag wie der IDAHOBIT Aufmerksamkeit schaffen und für Aufklärung sorgen und gerade diese Aufklärung kann helfen, Diskriminierung entgegenzuwirken.

**Heute geht es mit politischer Bildung weiter, juhu!!!**







## Politicum · Impressum

Das **Politicum** ist die Zeitschrift der Fachschaftsvertretung am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Es erscheint seit 30 Jahren unregelmäßig, aber immer mal wieder.

Die in den einzelnen Artikeln vertretenen Meinungen spiegeln nicht die Ansicht der Redaktion oder der Fachschaft Politik und Soziologie wider. Die Autor\*innen sind für den Inhalt ihrer Beiträge ausschließlich selbst verantwortlich.

### Redaktionsanschrift

Fachschaft Politik und Soziologie  
Redaktion Politicum  
Am Hofgarten 15  
D-53113 Bonn  
politicum@fs-sozpol.de  
www.fs-sozpol.de

### Erschienen

Juli 2020

### Herausgegeben von

Fachschaft Politik und Soziologie

### Chefredakteurinnen

Laura Meyer und Lilian Sekkai (V.i.S.d.P.)

### Layout

Judith Reuber, Lilian Sekkai, Laura Meyer

### Titelbild

Judith Reuber

### Bilder

S. 2, 3, 4, 5, 12, 30, 31 Lilian Sekkai; S. 6, 7 Danny Weser; S. 9, 40 Simon Peters; S. 10, 11, 33 Penelope Wesel, S. 15 Philip Sprengel, S. 17 David Isken; S. 19 Dr. Shushanik Minasyan; S. 20 Laura Zimmermann; S. 23 Robin Weiden; S. 25 Tim Huyeng M.A.; S. 28 Lara Ettl; S. 36, 37, 38, 39 Instagram @fssozpol,

### Mitarbeit

Fachschaft Politik und Soziologie

### Mit Beiträgen von

Lilian Sekkai, Laura Meyer, Max Rath, Penelope Wessel, Simon Peters, Danny Weser, Charlotte Acker, Philipp Sprengler, David Isken, Laura Zimmermann, Robin Weiden, Cristina Psenner, Tamam Aljbaee, Lara Ettl, Dr. Shushanik Minasyan, Tim Huyeng M.A., Nik Hemmer, Kyra Sukop, Donika Aliu, Emily Krüger & Anna-Lena Kramer